

VORAN

Inhalt

Ex-koloniale Welt:
**Im Kapitalismus
 gibt es keinen Ausweg**
 Seiten 6 und 7
 Afghanistan:
Fällt das Regime?
 Seite 8
**Jetzt kommt Dampf
 in den Bildungskampf**
 Seite 4

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

Nr. 109 - April 1989

80 Pfg. - Solidaritätspreis: 2,- DM

Jetzt reicht's!

Zeigt Kohl die rote Karte!

Die Regierungsparteien CDU und FDP haben eine Wahlniederlage nach der anderen zu verzeichnen. Die Betroffenen bangen um ihre Pfründe und überlegen krampfhaft und lautstark, was nun zu tun sei. Schon im Juni stehen die nächsten Wahlen an, und so werden uns Wählern jetzt Beruhigungspillen vorgesetzt.

So bietet die CDU-Führung uns einen Austausch von Ministern an. Auf der Abschußliste stehen Verteidigungsminister Scholz und Familienministerin Lehr, gehandelt werden auch die Namen von Finanzminister Stoltenberg oder Regierungssprecher Ost. Vielleicht beruhigt uns ja auch die Aussicht auf einen Innenminister Waigel statt des Herrn Zimmermann?

Ein FDP-Fraktionsmitglied bringt noch eine weitere, allerdings nicht neue Variante ins Spiel. Er wertet die Wahlausgänge so: „Die Leute wollen Kohls Gesicht nicht mehr sehen.“

Für wie beschränkt halten uns diejenigen eigentlich, die uns regieren? Auch wenn Kohl zum Schönheitschirurgen gehen würde oder wenn alle

Posten im Kabinett ausgetauscht würden - das könnte die Regierungsparteien nicht retten. Denn der Grund für die Wahlniederlagen liegt nicht in den Gesichtern, sondern in der Politik!

Skandale pflasterten den Weg der Koalition. Die Stichworte Flugbenzin, Barschel, Spielbanken, Tiefflieger, Giftgas mögen hier genügen. Aber wesentlich noch ist, daß diese Regierung klar die Interessen der Reichen vertritt, auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung. Das war so bei der Steuerreform, der Gesundheitsreform, im Bildungswesen. So verschlechtert sich der Lebensstandard der Rentner und der Jugendlichen, der Arbeiter und vieler Angestellter, der Frauen und der Arbeitslosen immer mehr.

Auch für den Erhalt beziehungsweise die Verbesserung unserer Umwelt wurde nichts getan. Drei Viertel der bundesdeutschen Bevölkerung sehen schwarz für das Leben der nächsten Generation. Aber die Atomenergie läuft wie gehabt - das heißt, ab und zu auch mal nicht. Die Städte sind immer noch von Autos verstopft, und der Ozonloch-Verursacher Fluorchlorkohlenwasserstoff ist immer noch nicht verboten.

Daß die Wohnungsnot eines der drängendsten Probleme vieler Menschen ist, wurde nun endlich zur Kenntnis genommen. Unter dem

Schock der Wahlniederlagen beschloß die Bundesregierung nun, 1,25 Milliarden DM für den Bau von Sozialwohnungen in diesem Jahr auszugeben - und das bei einer Million fehlender Wohnungen im Bundesgebiet!

Lock-Angebot

Ein anderes „Lockangebot“ veranlaßte selbst die CDU-Fraktion zum Aufstand. So sollte das Kindergeld für das zweite Kind um 40 DM angehoben werden - allerdings erst ab Januar 1992. Dafür sollten aber diejenigen, die sich ein Kindermädchen leisten können, dafür 12.000 DM jährlich von der Steuer absetzen können.

Auch zur Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit gibt es einen Vorschlag. Der ist zwar auch nicht neu, aber doch immer wieder beliebt: Die Arbeitslosenstatistik soll von all denen gesäubert werden, die sowieso „arbeitsunwillig“ sind.

Dies alles macht klar: Kohl die rote Karte zeigen muß heißen, den entschlossenen Kampf gegen die Regierung aufzunehmen, die er repräsentiert. Jochen Vogel, SPD-Vorsitzender, bestätigte, daß die SPD in der Lage sei, sofort die Regierungsmacht in Bonn zu übernehmen. Nehmen wir ihn beim Wort!

Barbara Kirschbaum, Köln
 SPD-Mitglied



Kommt zur VORAN-Veranstaltung



Sie kommen auch: Der Chor Tor 1 aus Rheinhausen, Symbol für den Widerstand einer Region.

Nach den Wahlen in Berlin und Hessen denken immer mehr Spieler, Fans und Schlachtenbummler der Regierungsmannschaft laut darüber nach, wann und wie ihr Kapitän vom Rasen genommen werden soll. Doch Kohl die rote Karte zeigen kann für die SPD nicht heißen, der gegnerischen Mannschaft Ratschläge für Umbesetzungen zu geben und notfalls mit den „liberalen“ Verteidigern und Stürmern des Kapitals eine neue Mannschaft bilden zu wollen. Diese Regierung und ihre Mäzene müssen mit einer kämpferischen sozialistischen Politik geschlagen werden.

Die Rücknahme aller unter Kohl verordneten Kürzungen und sogenannten „Reformen“, Arbeit und billiger Wohnraum für alle sowie sofortige radikale Abrüstung und Umweltschutzmaßnahmen müssen von der nächsten SPD-Regierung ohne Wenn und Aber durchgesetzt werden. Mit einem solchen Programm haben wir überhaupt die besten Chancen, die jetzige Regierungsmannschaft zu schlagen.

Am 16. April werden wir aufzeigen, mit welchen Mitteln ein solches Programm umgesetzt werden kann. Bei der bundesweiten Veranstaltung werden Menschen zu Wort kommen, die selbst an Bewegungen gegen Kohl und Kapital mitgewirkt haben.

Dazwischen gibt es viel Musik. So hat jetzt auch der „Chor Tor 1 Rheinhausen“ fest zugesagt, der aus 160 Tagen und Nächten Arbeitskampf heraus entstanden ist und zum Symbol für den Widerstand einer Region geworden ist.

Kein VORAN-Leser, Unterstützer, Verkäufer oder Interessent sollte am 16. April fehlen. Und wer erst kurzfristig von unserer Veranstaltung erfahren hat, kann noch am 16.4. eine Eintrittskarte bekommen.

Einlaß ist ab 12 Uhr. Das Programm beginnt um 13 Uhr. Ort der Veranstaltung ist die „Wolkenburg“, Mauritiussteinweg 59, in Köln 1.

Wer noch kurzfristig eine Mitfahrgelegenheit sucht, kann uns rasch anrufen: Telefon 0221/134504.

wann:

Sonntag, 16. April '89, Beginn 13.00, Einlaß ab 12.00

wo:

Haus „Wolkenburg“, Köln 1, Mauritiussteinweg 59

mit

Helmut Laakmann
 (Krupp-Rheinhausen)

Hans Janßen
 (1977-86 im IG-Metall-Vorstand)

Tony Mulhearn
 (bis 1986 Vorsitzender der Labour Party in Liverpool)

Pannach und Kunert
 (Liedermacher, früher DDR)

Soweto Sounds
 (mit Jan Wiltshire, Südafrikaner)

Eintritt: 10,- DM

Der Kommentar

Rot-grüne Koalition in Berlin Geplante Reformen können nur der Anfang sein

Die Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und Alternativer Liste (AL) haben konkrete Fortschritte für die Arbeiter, die Frauen und die Jugend Berlins gebracht. Teu... Prestigeobjekte - noch vom CDU/FDP-Senat geplant -, wie der Ausbau des Flughafens Tegel oder die Eliteforschung, wurden gestoppt und machen verschiedenen sozialen Verbesserungen Platz. Zu den wichtigsten Verbesserungen gehören z.B. der Bau von 7000 neuen Wohnungen jährlich, der Ausbau der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bei Gleichstellung der ABM mit entsprechenden Stellen im öffentlichen Dienst. Weiter zu nennen ist die Einführung einer Umweltkarte im Nahverkehr, d.h. eine preiswerte Monatsgesamtnetzkarte und auch die Einrichtung von Zufluchtwohnungen für Frauen, eines Mädchenhauses usw. Viele dieser Forderungen, die die Grünen in die Koalitionsverhandlungen eingebracht haben, waren eigentlich schon in der Programmatik der SPD-Linken enthalten. Es ist ein Zeichen für deren Schwäche, daß z.B. Forderungen wie die Abschaffung des Verfassungsschutzes nicht durchgesetzt werden konnten.

Wenn das Koalitionsprogramm schnell verwirklicht würde, wäre Berlin bald die Stadt mit den im Vergleich meisten demokratischen Rechten. Denn geplant sind z.B. die Vernichtung der meisten bei der Polizei gespeicherten Daten, Abbau der Eliteeinheiten bei der Polizei, keine Kasernierung bei der Polizistenausbildung, Verpflichtung zur Aushändigung der Dienstkarte ohne Ausnahme. Weiter werden längst überfällige Rechte wie das kommunale Wahlrecht für Ausländer, Verbesserungen im Familiennachzug und mehr eingeführt.

Soziale Probleme

Probleme tauchen aber jetzt schon auf. So erfreulich und einzigartig diese Reformen momentan sind, sie reichen nicht aus, um die sozialen Übel auch nur ansatzweise aufzuheben. Die zwei wichtigsten Bereiche nämlich sind die Wohnungsnot und die Arbeitslosigkeit. Selbst der Bau von 7000 Wohnungen pro Jahr könnte nach Schätzungen noch nicht mal ausreichen, das Ansteigen der Zahl von Wohnungssuchenden aufzuhalten - und dies bei wachsender Arbeitslosigkeit schon in der nächsten Zeit. Viele Unternehmer haben sich Entlassungen aus Rücksicht auf ihren CDU/FDP-Senat bis nach der Wahl aufgehoben, so daß jetzt eine ganze Entlassungswelle droht: Siemens will 450 bis 500, SEL 350 bis 400 Arbeiter entlassen. Dies sind nur einzelne Beispiele. Die sozialen Probleme werden wachsen, das heißt, es muß auch radikaler gegen das Kapital vorgegangen werden. Die Arbeiter müssen den Senat als ihren Senat betrachten, dann werden sie auch für ihn kämpfen. Wenn der Senat Erfolge erzielt, kann die SPD einen Teil der Republikaner-Wähler wieder auf ihre Seite ziehen.

Mobilisierung nötig

800 Millionen Mark müssen schon heute für die Vorhaben 1990 zusätzlich vom Senat aufgetrieben werden. Und leider hat Walter Momper nicht vor, sich dieses Geld von den Unternehmern zu holen, angeblich, um diese nicht abzuschrecken. Und tatsächlich scheint es auch so zu sein, daß die Kapitalisten und vor allem auch ihre Bundesregierung den Berliner Senat voll in der Umklammerung haben. So machen z.B. die Berlin-Zuschüsse der Bundesregierung einen großen Anteil des Etats aus. In einem Kommentar der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) vom 9. März 1989, wird folgende Möglichkeit angedeutet, gegen den Senat vorzugehen:

„In der Ausstattung des Etats und in der Besteuerung gibt es für Berlin eine Präferenz (einen Vorrang, die Redaktion), die die Bundesbürger viele Milliarden kostet. Wenn die Regierung der Stadt damit nicht wirtschaftlich umgeht, wird es Zeit, die Präferenz zu überdenken.“

Die AL konnte ihre Position, die Alliierten-Vollmachten aufzuheben, in den Koalitionsverhandlungen nicht durchsetzen. Diese Vollmachten sind eine Art spezielles Berliner Notstandsgesetz. Führt der Senat Maßnahmen durch, die den Alliierten nicht passen, können sie ihn einfach absetzen. Es gibt nur eine Möglichkeit, sich gegen Kohl und Kapital durchzusetzen: Die Mobilisierung der arbeitenden Bevölkerung. Reformen, gegen den Widerstand der Kapitalistenklasse durchgesetzt, hätte auch für die Arbeiter in der ganzen Bundesrepublik eine enorme Ausstrahlungskraft. Erpressungen der Kohl-Regierung könnten eine enorme Gegenbewegung der Arbeiter und Siege gegen die Regierung zur Folge haben. Voraussetzung ist aber: Momper und die Berliner SPD-Führung, die AL und auch die bundesweite SPD-Führung müssen bereit sein, ihr Programm auch gegen den Widerstand der Kapitalisten zu verwirklichen und nicht zu kuschen. Hier könnten besonders die SPD-regierten Länder eingreifen und gemeinsam Front gegen die Bundesregierung machen. Und natürlich besteht die Aufgabe, diese Bundesregierung spätestens bei der nächsten Bundestagswahl endgültig zu Fall zu bringen.

Die fehlenden 800 Millionen Mark und noch viel mehr müssen wir uns von den Kapitalisten holen: über Gewerbesteuererhöhungen und, bei Schließungsgefahr von Firmen, über Übernahme durch den Senat. Ohne solche Maßnahmen wird sogar schon in nächster Zeit „unten umverteilt“ werden. Das bedeutet aber, daß der Senat, selbst wenn er in den nächsten Monaten massiv an Unterstützung gewinnt, diese spätestens 1990 wieder verlieren wird. Aber es ist durchaus möglich, soviel Druck von der SPD-Basis aus zu erzeugen, daß ein ernsthafter Kampf für Reformen auch geführt und gewonnen wird.

Kommunalwahlen in Hessen Polarisierung trotz Aufschwung

Wohl noch nie in der Geschichte der BRD ist eine Kommunalwahl mit solchem bundesweiten Interesse verfolgt worden wie die Hessen-Wahl am 12. März 1989, und wohl selten hatte sie derartige Auswirkungen auch für die Bundespolitik.

Die politische Landschaft in der Bundesrepublik ist instabiler geworden. Die Krise in der Regierungskoalition, besonders auch innerhalb der CDU, spitzt sich zu. CDU und FDP sind gezwungen, in einzelnen Bereichen mehr Geld auszugeben als sie wollten; die CDU-Fraktion versagt ihrer Führung die Gefolgschaft, personelle Veränderungen in der CDU-Spitze zeichnen sich ab ...

Der Hintergrund für diese Entwicklung ist die allgemeine wirtschaftliche und soziale Situation. Trotz des vielzitierten Wirtschaftsaufschwungs ist die Arbeitslosigkeit nicht gesunken, die Konzentrationswelle der multinationalen Konzerne im Rahmen ihrer Vorbereitung auf den EG-Binnenmarkt bedroht weitere Arbeitsplätze. Gleichzeitig bestand im letzten Jahr für die

NPD kam in Frankfurt auf 6,6% der Stimmen. In zwei weiteren Kreisen (sie kandidierte in 5 von 26 Wahlkreisen) erreichte bzw. überschritt sie knapp die 5%-Hürde. In zwei ländlichen Kreisen, in denen die extreme Rechte traditionell eine gewisse Unterstützung hatte, traten sogar NPD und Republikaner parallel bei den Kommunalwahlen an.

Hier zeigte sich: Viele der Wähler, die sich auf der Suche nach einer Alternative dem rechten Lager zuwenden, schrecken doch eher vor den deutlicher als Faschisten erkannten Neonazis der NPD zurück und wenden sich den Republikanern zu, die sich mit dem rechts-konservativen Mantelchen tarnen. Sie erhielten im Rheintaus-Kreis 10,5% der Stimmen (NPD 1,6%) und im Wetteraukreis 7% (NPD 4,7%).

Protestwahl

Hessen hat bestätigt, was sich in Berlin andeutete: Die Wähler für Rechtsextreme finden sich zwar teilweise auf dem Land, teilweise aber auch - wie in Frankfurt - vor allem in Stadtteilen, wo der Bestand an Wohnungen überaltert, schlecht und sanierungsbedürftig ist, wo es keine sozialen Einrichtungen gibt, wo überdurchschnittlich viele Arbeitslose leben und

eine absolute Mehrheit verfügt, aber 1,2% verloren hat, die Grünen jedoch von 8,5 auf 12,3% stiegen.

In Darmstadt, wo die SPD mit der CDU zusammen regierte und wo der SPD-Oberbürgermeister Metzger sich durch äußerst rechte und ausländerfeindliche Äußerungen hervortat, fiel die CDU um 6,9%, die SPD von 45,6% auf 42,9% - die Grünen dagegen konnten ihr Ergebnis von 9,5 auf 19% verdoppeln.

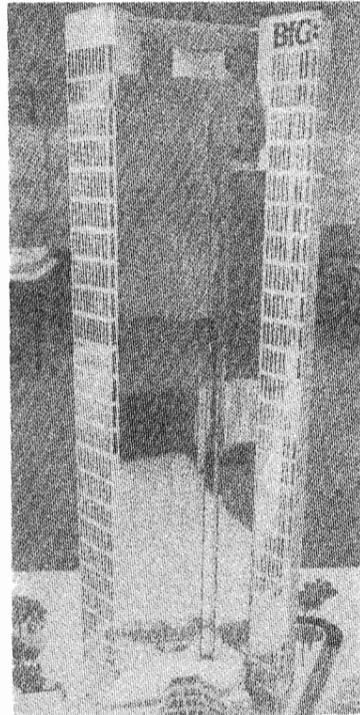
Im Schwelm-Eder-Kreis, wo die SPD gegen die Stationierung von amerikanischen Kampfjets antrat, konnte sie ein überdurchschnittlich gutes Ergebnis erreichen: von 54,3% auf 58,1%.

Die führenden Genossen in der SPD hatten zwar auf den rassistisch ausgerichteten CDU-Wahlkampf mit großer moralischer Empörung reagiert. Heidemarie Wiczorek-Zeul meinte, die CDU sei „unchristlich“ und „moralisch tief gesunken“. Das hindert die Genossen jedoch nicht, ihnen nach der Wahl eine Zusammenarbeit anzubieten - natürlich nur mit „anständigen“ CDU'ern, so Volker Hauff, SPD-Sieger in Frankfurt. Anke Fuchs, SPD-Geschäftsführerin, sagte, sie sei bereit, bei einer Umkehr der CDU die „Zuwandererproblematik“ gemeinsam mit dieser zu lösen.

Dabei hat die Hessenwahl noch einmal ganz deutlich gezeigt: Im Augenblick findet - trotz der Wahlerfolge der Rechtsradikalen - in der BRD eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses nach links statt.

SPD muß Alternative bieten

Die Wähler haben klar gezeigt, daß sie eine Alternative zur derzeitigen Bundespolitik wollen. Anstatt Gemeinsamkeiten mit der CDU zu suchen, Zusammenarbeit anzubieten oder tatsächlich zu vollziehen, muß die SPD-Führung eindeutig Stellung



Keine 48 Stunden vor ihrer Wahlniederlage genehmigte die CDU in Frankfurt noch schnell drei umstrittene Hochhausprojekte.

Regierungskoalition die letzte Chance, noch rechtzeitig vor den nächsten Landtagswahlen - und besonders vor der Bundestagswahl - wenigstens einige von den Unternehmern gewünschte Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeiter zu fahren: Steuerreform, Gesundheitsreform sowie sonstige Kürzungen im sozialen Bereich. Diese Politik hat dazu geführt, daß sowohl CDU als auch FDP bei den letzten Wahlen immer stärkere Verluste zu verzeichnen hatten.

Unzufriedene Wähler

Mangelnde glaubwürdige Alternativen von Seiten der SPD hatten in Berlin eine ganze Reihe unzufriedener Wähler in die Arme der Republikaner getrieben. Hier witterte die hessische CDU nach dem Wahldebakel in Berlin ihre Chance: Sie versuchte, durch Aufgreifen der ausländerfeindlichen Parolen zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Den Rechtsextremen sollte der Wind aus den Segeln genommen werden und gleichzeitig konnte man der SPD die Schuld in die Schuhe schieben. Durch ihre Forderung nach kommunalem Wahlrecht für die Ausländer unterstützte sie diese und sei damit verantwortlich für die Misere des deutschen Arbeiters.

Dieser Schuß ging allerdings nach hinten los. Die CDU mußte Verluste bis zu 13% hinnehmen. Denn die Wähler, die für die nationalistische Argumentation anfällig waren, wählten lieber das Original (nämlich die NPD oder die Republikaner) als die Kopie. So konnten die Rechtsextremen große Gewinne verzeichnen. Die



Sieger Volker Hauff beim Wahlkampf: Jetzt wollen die Leute Lösungen für ihre Probleme und Sorgen sehen.

gleichzeitig der Anteil von Ausländern an der Wohnbevölkerung vergleichsweise hoch ist.

IG-Metall-Vorsitzender Steinkühler kennzeichnete den Ausgang der Hessenwahl als „Ergebnis einer Protestwahl gegen gesellschaftliche Notstände“. Es war ein Protest gegen die CDU-Politik, aber auch gegen die mangelnde Alternative von Seiten der SPD - sie konnte nur überraschend geringe Stimmenzuwächse verbuchen.

In Kreisen, wo die Republikaner oder die NPD nicht antraten, wuchsen die Stimmen für die diversen unabhängigen Wählergemeinschaften.

Rot-grüne Koalition

Aber auch die Grünen konnten fast überall ansehnliche prozentuale Gewinne verzeichnen. Sicher hat der Ausgang der Berlin-Wahl dazu beigetragen, daß manche Wähler glaubten: Eine Koalition mit den Grünen sei die beste Möglichkeit, sicherzustellen, daß die SPD eine Politik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung macht. Anzeichen dafür sind die Ergebnisse in Kassel, wo die SPD zwar noch über

beziehen und glaubwürdige Konzept für die Lösung der Probleme und Sorgen der arbeitenden Bevölkerung entwickeln. Das geht natürlich nicht, wenn sie die Rentenreform der CDU unterstützt, um dann hinterher, wie Inge Wettig-Danielmeier (Vorsitzende AsF) sagte, „das Thema Renten sofort wieder aufzugreifen, sobald sie (SPD, die Red.) die Regierung stellt oder an einer Regierung beteiligt ist“.

Das geht auch nicht, indem die SPD Zustimmung zu Teilprivatisierung der Post signalisiert, die nur den Unternehmern dient und auf Kosten der großen Masse der Postkunden und vor allem auch der Belegschaft geht. Und wenn sie auch von der „Zuwanderungsproblematik“ redet, statt von der Problematik des kapitalistischen Systems - wie will sie dann glaubwürdige Alternativen zur CDU-Politik aufzeigen? Dann ist es kein Wunder, daß die Grünen mehr gewinnen als die SPD oder gar eine Reihe von enttäuschten Wählern ihr Heil bei den Rechtsextremen sucht.

Barbara Kirschbaum, Köln
SPD-Mitglied

VORAN

zur sozialistischen Demokratie
Überregionale marxistische Zeitung
für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften
Erscheint seit Dezember 1973

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfinger

Redaktionsanschrift:

VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Telefon 0221/134504

Bankverbindung: PGiroA Essen, Konto-Nr. 250059-430

Druck: Blitz-Druck GmbH, Heegstr. 26-28, 4300 Essen 11

co-op-Skandal Jetzt in den Gewerkschaften aktiv werden!

Nach dem Skandal um die Neue Heimat fing der DGB an, seine eigenen Unternehmungen in einer Nacht-und-Nebel-Aktion zu verscherbeln. Das geschah nicht aus der Überzeugung heraus, daß die Spitzenfunktionäre der einzelnen Gewerkschaften, die in den Aufsichtsräten oder Vorständen von co-op und der BfG (Bank für Gemeinwirtschaft) saßen, auf einmal davon überzeugt waren, die schlechteren Unternehmer zu sein. Der Hauptgrund lag wohl eher darin, daß die Gewerkschaftsspitze nach dem Skandal um die Neue Heimat verstärkt unter den Druck der eigenen Basis geraten ist.

Aber der Skandal um die Handelskette co-op hat gezeigt: Die Taktik hat nicht funktioniert. Zwar ist die co-op seit 1985 kein Unternehmen des Gewerkschaftsvermögens mehr, aber sowohl im Management als auch im Aufsichtsrat saßen hochrangige Gewerkschafter. Der Chef des Konzerns, Bernd Otto, hatte als Assistent des DGB-Vorsitzenden Oskar Vetter gearbeitet. Er bereicherte sich ganz ungeniert an der Firma, manipulierte die Bilanzen, bezog so ein Millionengehalt und bewilligte sich darüberhinaus Tantiemen in Millionenhöhe. Auf Auslandsreisen mietete er nur die Fürstensuiten, fuhr nur Autos der größten Klassen. Er hat sich inzwischen in seine Villa in Kapstadt/Südafrika zurückgezogen.

Bereicherung

Eigentlich sollen ja die Vorstände der Konzerne durch die Aufsichtsräte kontrolliert werden, damit derartige Dinge nicht vorkommen. Aber dieses Gremium wird seiner Aufgabe fast nie gerecht. In vielen Fällen, in denen Aktiengesellschaften durch Fehler oder persönliche Bereicherung ihres Vorstandes in die Krise gerieten, hatte der Aufsichtsrat nichts davon gehört oder gesehen - oder tat zumindest so. So geschehen bei AEG, DAL, Klöckner und Co., bei Krupp, bei „Beton- und Monierbau“, bei VW usw. Und wen verwundert das, angesichts der Vergütungen, die man für derartige Posten

erhält? So bekommen die „Kontrollleure“ des Bayer-Konzerns von eben diesem Konzern 80.000 DM, Karstadt zahlt ca. 50.000 DM. Alfred Herrhausen, Sprecher der Deutschen Bank, erhält als Aufsichtsratsvorsitzender bei Daimler fast eine Viertel Million DM. Dazu kommen oft noch Sekretärin, Fahrer und Dienstwagen.

Pro Aufsichtsratsmandat werden - Hin- und Rückreise eingerechnet - ca. 40 Arbeitstage im Jahr berechnet. Und weil es so schön ist, sitzen eine



Ex-co-op-Chef Bernd Otto: Einst Assistent des DGB-Vorsitzenden Oskar Vetter ...

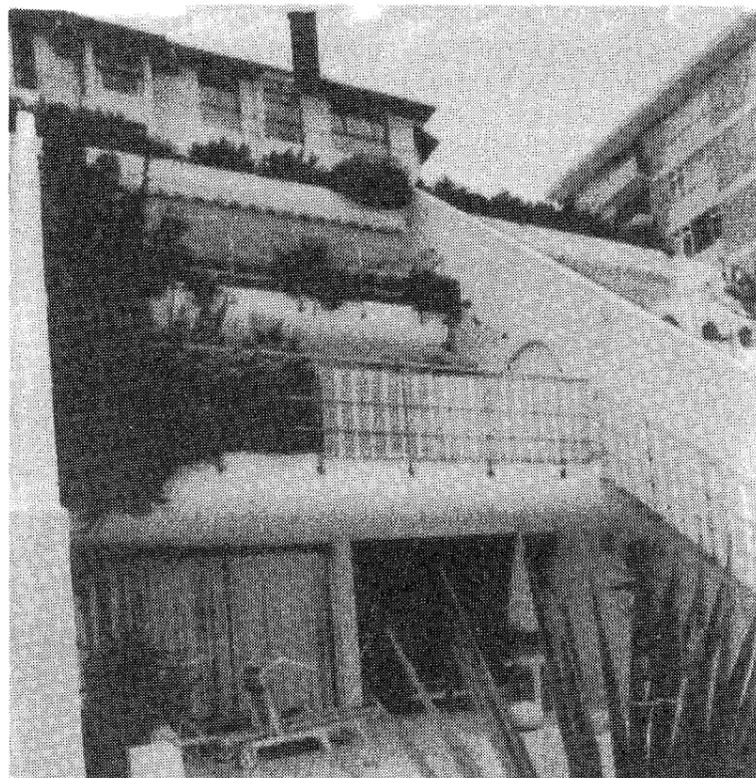
ganze Reihe, vor allem Bank-Vertreter, gleich in mehreren Aufsichtsräten: Die zwölf Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank teilen rund 100 Aufsichtsratsmandate unter sich auf. Bodo Liebe, der als Top-Manager von KHD 285 Mio. DM Verluste hinterließ und so für die Vernichtung von 6300 Arbeitsplätzen verantwortlich ist, sitzt nun in fünf Aufsichtsräten - unter anderem bei KHD.

Wenn diese hohen Herren ihren Kontrollpflichten nicht gerecht werden - aus berechtigtem Eigeninteresse, wie es scheint -, regt sich die bürgerliche Presse, wenn überhaupt, so doch recht wenig darüber auf. Anders im Fall co-op. Denn da saßen ja, wie gesagt, führende Gewerkschaftsfunktionäre im Aufsichtsrat: Günter Döding, Vorsitzender Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, und Günter Volkmaar, langjähriger Vorsitzender der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen.

Facharbeiterlohn

Das Damokles-Schwert, das die Gewerkschafter nach dem Verkauf der gewerkschaftseigenen Betriebe glaubten vertrieben zu haben, taucht jetzt nach dem Fall Döding wieder in erschreckender Weise auf. Der Fall Döding und co-op wird von der Kapitalseite mit Hilfe ihrer Medien dazu benutzt, um gegen die Gewerkschaften zu hetzen. Dies darf aber nicht dazu führen, daß sich ähnlich wie nach dem Neue-Heimat-Skandal viele Kollegen von der Gewerkschaft distanzieren. Denn solange man nur mit dem Finger auf diese Gewerkschaftsbossen zeigt und sie von außen kritisiert, wird sich nichts ändern. Es kann nur

der einzig richtige Weg sein, daß man aktiv wird in den jeweiligen Gewerkschaften. Aktiv werden, das heißt, mit den richtigen Forderungen bewaffnet



... lebt er jetzt in seiner Villa in Kapstadt/Südafrika. Zurück bleibt ein hochverschuldetes Handelsunternehmen, tausende von Arbeitsplätzen sind bedroht.

Giftgas-Skandal

Kontrolle nur nach Enteignung möglich

Die Bundesrepublik ist das Exportland Nr. 1 in der Welt. Vor kurzem zeigte sich einmal mehr, daß dabei keine Mark verachtet wird - auch wenn es um Waffenproduktion geht.

An die Öffentlichkeit kam die Angelegenheit, als Anfang des Jahres die Vorwürfe von amerikanischen Geheimdiensten immer lauter wurden, daß deutsche Firmen am Bau einer Giftgasanlage in Libyen beteiligt seien. Anfangs tönte Kanzler Kohl noch, daß er es sich überhaupt nicht vorstellen könne, „daß sich einzelne innerhalb der BRD aus Gewinnsucht an Vorhaben beteiligen, die zumindest in Teilen der Welt friedensgefährdend sind“.

Scheinfirma

Doch nach und nach kam die Sache dann ans Licht. Die deutsche Firma Imhausen-Chemie war maßgeblich am Bau einer Chemie-Anlage im libyschen Rabta beteiligt, die höchstwahrscheinlich der Herstellung chemischer Waffen dienen soll. Um möglichst kei-

nen Verdacht aufkommen zu lassen, wurde zum Schein in Hongkong eine Pharmafirma gebaut. Zur Tarnung schickte man nun die Schiffslieferungen nach Hongkong, auf hoher See dann wurden die Dokumente geändert und Kurs auf Libyen genommen.

Den Bau der Chemie-Anlage, die Teil eines größeren Technologiezentrums ist, haben zeitweilig führende Imhausen-Mitarbeiter überwacht. Daß sie die ganze Zeit nicht gewußt haben, um was für eine brisante Geschichte es sich da gehandelt hat, ist ziemlich ausgeschlossen - das Gelände ist streng überwacht mit Videokameras, Radaranlagen, Luftabwehrraketen und Sicherheitskräften der libyschen Armee.

Theorie und Wirklichkeit

Bei der Ermittlung in diesem Fall hat nun die Regierung in Bonn jahrelang geschlumpt. Erste Verdachtsmomente gab es schon vor vier Jahren, und spätestens im Oktober 1988 waren ernsthafte Hinweise vor-

an die Arbeit zu gehen. Die Gewerkschaftsfunktionäre müssen durch die Basis kontrollierbar sein. Das bedeutet jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit und, damit sie nicht den sozialen Kontakt zu denen verlieren, die sie gewählt haben, sollte keiner mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.

Jakob Meindorf, Köln
Jungsozialist und NGG-Mitglied

handen. Trotzdem ist erst jetzt ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden.

Welche Konsequenzen eine erfolgreiche Beweissammlung haben könnte, ist jedoch sehr zweifelhaft. Die BRD hat 1954 als bisher einziger Staat feierlich auf die Herstellung von Chemiewaffen verzichtet. Wie groß jedoch der Unterschied zwischen Theorie und Wirklichkeit ist, zeigt sich hier wieder ganz deutlich. Da man die Produktion von Chemiewaffen praktisch von heute auf morgen auf zivile Produktion umstellen kann, ist nur sehr schwer nachzuweisen, daß wirklich Giftgas produziert werden sollte.

Nach dem Außenwirtschaftsgesetz wäre das Geschäft mit Libyen nur strafbar, wenn man der Firma Imhausen beweisen könnte, daß sie tatsächlich eine Giftgasanlage gebaut hat. Und das dürfte schwer sein. So bleibt für die Bundesregierung in der Stellungnahme nur zu sagen: „Es geht um den Schutz von Menschenleben und -würde. Dies ist gerade für unser Land eine zutiefst moralische Frage, die auch die Glaubwürdigkeit unseres demokratischen Staates unmittelbar berührt.“ Das stimmt: Glaubwürdig sind diese Herren wirklich nicht mehr!

Moral

Aber auf die Moral zu pochen, das reicht hier nicht mehr aus. In dieser Hinsicht hatten sich ja auch die Amerikaner hervorgetan, die entsetzt und mit Abscheu auf die deutsche Beteiligung am Giftgas-Coup hingewiesen hatten. Die USA selbst sind aber mit 11,5 Mrd. Dollar (1987) der größte Rüstungsexporteur der westlichen Industrienationen. Mit 45.000-150.000 Tonnen sind sie das Land mit dem (nach der Sowjetunion) zweitgrößten Chemiewaffenbesitz. Und auch in der BRD lagert die US-Armee bis heute rund 4000 Tonnen der hochgiftigen Nervengase Sarin und VX.

Appelle an die Moral werden weder in den USA noch bei uns Unternehmer davon abhalten, mit dem Krieg Geschäfte zu machen. Und die Kontrollen der Behörden existieren meistens nur auf dem Papier. Die einzige Möglichkeit, die Herstellung von C-Waffen zu verhindern, ist die Enteignung der Chemie- und Rüstungskonzerne und den Arbeitern selbst die Kontrolle in die Hand zu geben.

Mechthild Stark, Göttingen
Jungsozialist

EG-Binnenmarkt

Traum des BRD-Kapitals

Alle Jahre wieder sprechen die bürgerlichen Politiker von einer Einigung Europas. Für 1992 ist als „Meilenstein Europas“ (Bestechungs-Graf Lambsdorff) der gemeinsame Binnenmarkt vorgesehen. Hat das Kapital den Internationalismus entdeckt?

Der EG-Binnenmarkt sieht vor, alle Handelshemmnisse (Zölle, nationale Sonderbestimmungen) abzubauen (siehe VORAN Nr. 108). Weiterhin sollen die Wettbewerbsbedingungen bei öffentlichen Ausschreibungen verbessert werden.

Besonders die deutschen Kapitalisten erwarten Vorteile vom EG-Binnenmarkt und das in zweifacher Hinsicht: Erstens haben die deutschen Kapitalisten durch das hohe Qualitäts- und Technologieniveau gewisse Vorteile im Konkurrenzkampf, zweitens liefert gerade dieser Konkurrenzkampf den Unternehmern neue „Argumente“, um das Sozial- und Lohnniveau und Ökologie- und Sicherheitsstandards, die die deutsche Arbeiterklasse dem Kapital abgerungen hat, zu drücken bzw. zum Wohle des Profits „umzustrukturieren“.

Stimmen des Kapitals

Dazu einige Stimmen aus dem Kapitalistenlager:
- Tyll Necker (Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie) warnte vor einem „Europa der Bürokraten“ und sagte, auf den Gebieten Gesundheit, Umweltschutz und Sicherheit müßten die Wettbewerbsbedingungen harmonisiert werden. Er meint damit nicht die Harmonie mit der Natur oder gar die Harmonie im Geldbeutel der Arbeiter.
- Daimler-Benz-Chef Edzard Reuter (übrigens SPD-Mitglied!) freute sich über den „mäßigen Anstieg von Löhnen und Gehältern“, forderte aber auch, „die Stabilitätspolitik müsse

durch mutige Strukturanpassungen ergänzt werden.“ „Teure Anlagen müssen besser genutzt werden.“ Er hofft darauf, daß wir länger arbeiten, womöglich auch noch sonntags.

- Dr. Christoph von der Decken (Vorstand der Dresdner Bank): „Die große Diskrepanz in der jeweiligen Sozial- und Lohnpolitik sowie die Differenzen bei der Ertragsbesteuerung ist eine Belastung für die deutsche Wirtschaft im inereuropäischen Wettbewerb.“

Konzentration

Im Klartext: Runterschrauben der Körperschaftsteuer von derzeit 50% auf vielleicht 35% wie in Großbritannien, Angleichung der Sozialpolitik an irische oder sizilianische Verhältnisse! (Apropos Sizilien: Wir in Schleswig-Holstein haben noch ein paar arbeitslose Mafiosi der früheren Barschelregierung billig abzugeben!)

Das deutsche Kapital will die wirtschaftliche Vormachtstellung in Europa ausbauen, die BRD-Monopole sollen noch mehr Macht bekommen (der Konzentrationsprozeß wird sich mit dem EG-Binnenmarkt verschärfen) und die europäische Arbeiterklasse soll für die Profite bluten.

Ein Traum des BRD-Kapitals. Denn nicht nur die Arbeiterklasse kann sich das nicht gefallen lassen, auch die anderen europäischen Kapitalisten werden da nicht mitziehen. Wenn der Konkurrenzkampf nämlich zum Nachteil des italienischen oder britischen Kapitals auszugehen droht, werden die es schon verstehen, ihre Profite durch nationalstaatliche Maßnahmen zu schützen.

Und wie wird sich die europäische Arbeiterklasse zur Wehr setzen? Marx und Engels' Ausruf war selten so aktuell: Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Pucki Wulf, Lübeck Jungsozialist



Giftgas-Firma Imhausen: Auf Mord zu pochen reicht hier nicht mehr aus.

Schüler unterstützen Lehrerstreik

Jetzt kommt Dampf in den Bildungskampf

Die Kürzungspolitik der Bundesregierung im Bildungsbereich ist auf lebhaften Widerstand bei den Betroffenen gestoßen. Von November bis Januar wehrten sich an vielen Universitäten die Studenten gegen die miserablen Umstände, unter denen sie leben und arbeiten müssen. Die Lehrer schlossen sich an und überwandern mit ihren Streikaktionen all die gesetzlichen Hindernisse, die Beamten in den Weg gelegt werden (siehe auch Seite 11). Das nahmen in einigen Städten die Schüler zum Anlaß, ihre Solidarität mit den Forderungen der Lehrer zu bekunden und gleichzeitig um eine Verbesserung ihrer eigenen Situation zu kämpfen.

Stuttgart

20.000 Schüler streikten

Am 20. Februar 1989 streikten in Stuttgart und Umgebung 20.000 Schüler gegen die geplante Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung für Lehrer, das drei-Fächer-Studium für Lehrerstudenten, die Wehr- und Zivildienstverlängerung und die damit verbundene Verkürzung des 2. Halbjahres der 13. Klasse.

Die ganze Streikbewegung begann aber schon im frühen Januar, als sich auch die Stuttgarter Studenten bewegten. Der Stuttgarter Schülerrat solidarisierte sich mit ihnen in Hinsicht auf die schlechten Studienbedingungen, Wohnungsnot und das von Späth geplante drei-Fächer-Studium und demonstrierte mit den Studenten, denn viele Schüler wollen ja auch einmal studieren. Der Kampf der Stuttgarter Schüler galt besonders dem drei-Fächer-Studium, d.h. Neulehrer müssen in der gleichen Studienzzeit ein Fach mehr belegen. Am Ende werden die Lehrer dann nicht einmal eingestellt.

Nach der Verteilung von drei verschiedenen Flugblättern in einer Auflage von jeweils 7000 Stück an rund 45 Stuttgarter Schulen und etlichen Schülerversammlungen mit jeweils 150 anwesenden Schülern wurde beschlossen, am 25. Januar mit den Lehrern gegen die sogenannte „Dreitagerregelung“ zu demonstrieren.

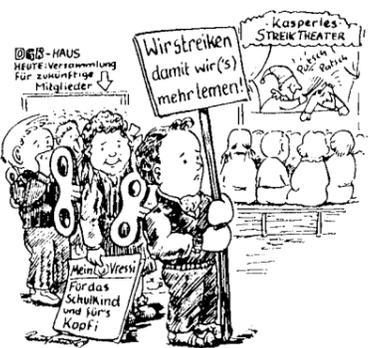
„Dreitagerregelung“

Die Dreitagerregelung ist ebenso ein großes Verbrechen der Regierung Späth. Denn der Kultusminister Mayer-Vorfelder hat die von ÖTV und GEW erkämpfte Arbeitszeitverkürzung wider sein Versprechen nicht in neue Arbeitsplätze umgewandelt, sondern den Schülern und Lehrern

verlogene drei Tage mehr Ferien „geschenkt“. An der Demonstration nahmen dann über 1000 Schüler teil.

Aufgrund der oben genannten Resonanz auf die Demonstration wurde vom Stuttgarter Schülerrat kurzerhand beschlossen, für den 20. Februar zum stadtweiten Schülerstreik aufzurufen. Ab jetzt lief die Bewegung auf Hochtouren. In den einwöchigen Faschingsferien wurde in drei Arbeitskreisen, die die Streikzeitung erarbeiteten, die Presse- und Agitationsarbeit leisteten und die den Streik und die geplante Schulbesetzung vorbereiteten, beste Arbeit geleistet.

Ab 13.2. wurde dann die vierseitige Streikausgabe der Zeitung „Meine Vresse“ (in Anlehnung an die Mayer-Vorfelder-Initialen) an fast allen Stuttgarter Schulen verteilt. An 41 Schulen wurden Flugblätter verschickt, die vielfach dort kopiert und weiterverbreitet wurden.



Mit solchen Karikaturen versuchte die bürgerliche Presse, die Schüler als „Marionetten“ lächerlich zu machen.

Am 20. Februar sah dann Baden-Württemberg die größte Schülerdemonstration seiner Geschichte. 15.000 Schüler in Stuttgart und weitere 5000 Schüler in der Umgebung belohnten die Arbeit wahrlich.

In einem Leserbrief in der Stuttgar-

ter Zeitung schrieb eine Schülerin der 10. Klasse: „Acht Uhr. Vor der Schule werden mal wieder Flugblätter verteilt. ‚Aufruf zur Schülerdemonstration‘. Nehme an, daß es um die besagte Lehrerarbeitszeitverkürzung geht, ich lese das Kleingedruckte, und meine



„Echte Begeisterung“ – die größte Schüler-Demonstration in der Geschichte Baden-Württembergs.

Kassel

Bessere Vorbereitung nötig

Zum GEW-Streik wurden an einigen Schulen in Kassel und im Landkreis verschiedene Solidaritätsaktionen geplant. (Streikcafe, Vollversammlungen, Podiumsdiskussionen usw.) Die Impulse zu all diesen Aktionen gingen von den Schülerversammlungen (SV) der einzelnen Schulen aus. Die GEW machte keine massiven Anstrengungen, den Kampf an diesem Tag auszudehnen. Vereinzelt nur haben Mitglieder der Gewerkschaft in ihrem Unterricht darüber informiert, worum es in ihrem Kampf ging.

Der Kasseler Stadtschülerrat hat sich auf einer SSR-Sitzung dazu entschlossen, aufgrund der Planungen an den einzelnen Schulen an diesem Tag keine zentrale Veranstaltung des SSR durchzuführen.

All das plätscherte aber vor sich hin. Drei Tage vor dem zweiten März bekam der Vorstand dann Nachricht von den Plänen des OSGO (Oberstufengymnasiums Oberzwehren), einen Demonstrationzug zum Sitz des Regierungspräsidenten in Kassel mit der ganzen Schule durchzuführen. Da der SSR nicht sicher war, ob er seine Planungen zugunsten des Demonstrationzugs fallenlassen sollte und da die Zeit sehr knapp war (eine Sitzung mit allen Schulen war nicht mehr möglich), wurde zögernd über Telefon Kontakt zu anderen Schulen aufgenommen und über die Demo informiert.

Demonstration

Während an einigen Schulen noch die ursprünglich geplanten Aktionen liefen, wuchs der Zug der Schüler bis zum Regierungspräsidenten (RP) auf ca. 1500 an. Dort stießen weitere 500 hinzu. Anfang herrschte noch gewisse Orientierungslosigkeit auf dem Gelände vor dem RP-Gebäude. Was jetzt tun? Nach einiger Zeit wurden dann Resolutionen vorgelesen, auf denen vor allem die Forderung nach mehr und jüngeren Lehrern unterstrichen wurde.

Unterschriften wurden gesammelt und mit dem Ruf „RP raus!“ wartete man auf den Regierungspräsidenten. Es kam aber nur ein stellvertretender Schuldezernent, der die Unterschriften entgegennahm, weiterhin aber keine Stellungnahme abgeben wollte, was ihm mit Buhrufen und Pfiffen quittiert wurde.

Danach sollte eigentlich alles zu Ende sein. Es hätte auch keiner gewußt, was noch zu machen wäre. Also löste der SSR-Sprecher die Demo auf, was die Polizei nach kurzer Zeit nochmal von ihrer Seite bestätigte. Doch die meisten Schüler wollten nicht gehen. Man wußte zwar nicht, wie weiter, aber auf jeden Fall nicht einfach Ende. Spontan kamen aus der Menge verschiedene Vorschläge: „Besetzen wir doch das CDU-Haus“, oder „Gehen wir zur Luisenschule“. Keiner wußte, warum ausgerechnet dahin, und die meisten bekamen den Vorschlag gar nicht mit.

Inzwischen kam irgendwoher ein Megaphon. Ich nahm die Gelegenheit



Solidarität mit den streikenden Lehrern: Schülerdemonstration in Kassel.

wahr und schlug vor, gemeinsam die Vollversammlung meiner Schule zu besuchen, wo eine Podiumsdiskussion mit Vertretern der verschiedenen Lehrerorganisationen stattfand. Einige Leute zogen mit, in der Zwischenzeit waren jedoch immer mehr abgebrockelt. Wir hatten dann noch eine recht gute Podiumsdiskussion, bei der sich an mehreren Stellen die Stimmung für einen Streik ausdrückte. Jeder wußte: Wir müssen was machen.

Vermutung bestätigt sich. Bin sofort entschlossen, hinzugehen. Man will ja schließlich denen da oben mal zeigen, daß einem nicht alles egal ist. (...) Viertel vor drei. Schloßplatz. (...) Der Zug nimmt an Größe zu, die Stimmung steigt. Die Sprechchöre werden lauter. (...) Auch ich singe jetzt laut mit, fühle mich stark als ein Teil dieser wogenden Masse, denke, jetzt können wir alles erreichen in diesem Augenblick und freue mich, weil alte Damen am Straßenrand pikiert die Köpfe schütteln. Echte Begeisterung, als wir den Schillerplatz erreichen. Eine unübersehbare Masse von Lehrern wartet schon auf uns.“

Um zu zeigen, daß die Schüler nicht einfach „blau“ machten, wurde eine Schule besetzt, an der alternativer Unterricht abgehalten wurde. Es wurde ein Film über die Judenverfolgung gezeigt, über die Arbeit von ‚amnesty international‘ berichtet, auch Drogen und Flughafenausbau waren Themen, mit denen sich die Schüler beschäftigten.

Gemeinsam Kämpfen!

Daß sich die Proteste gegen Mayer-Vorfelders Pläne ausgedehnt haben und nun Lehrer und Schüler umfassen, führte zu Diffamierungen der Schülerbewegung als „Marionetten der GEW“ (siehe auch nebenstehende Karrikatur). Diese Leute konnten wohl einfach nicht glauben, daß Schüler so eine große Demonstration selbst organisieren können! Allerdings liegt eine Zusammenarbeit von GEW, Schülern und Eltern auf der Hand, denn die Misere im Bildungsbereich betrifft sie alle.

Der Schülerstreik war ein riesiger Erfolg, und er hat gezeigt, daß sich die Bewegung ausweitete. Um allerdings unsere Forderungen durchzusetzen, müssen Schüler, Lehrer und Eltern eine gemeinsame Front gegen die erzkonservative Bildungspolitik Mayer-Vorfelders bilden und gegen sie kämpfen.

Jan Kanzleiter, Stuttgart
Juso und Schülerratsmitglied

Und zwar diesmal besser organisiert!

Zu diesem Zweck veranstaltete der Stadtschülerrat ein Seminar, an dem Interessierte aus den einzelnen Schulen teilnahmen. Dort hatten wir gute und lebhaft Diskussionen. Wir entwickelten ein Konzept, wie wir nach den Osterferien weitermachen können:

- An den Schulen Kontakt zu den SVen und Interessierten aufnehmen
- Kontakt aufnehmen mit der GEW
- Die Presse informieren über unser Anliegen und bevorstehende Aktionen.
- Eine Zeitung herausbringen, die über die Bewegung berichtet und unsere Forderungen und die der GEW erläutert
- Einrichten von Arbeitskreisen zur inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung zusammen mit der

Hamburg

Jusos unterstützen die Philips-Kollegen

Jusos in Hamburg-Altona haben die Philips-Kollegen, deren Arbeitsplätze bedroht sind, recht aktiv unterstützt. Nach einer Diskussion am Infostand im Einkaufszentrum haben wir uns für den Erhalt des Labors (die Konzernleitung will es schließen, vgl. auch S. 11) eingesetzt. Die Juso-Gruppen in Bahrenfeld und Altona-Altstadt/Nord haben sofort Solidaritätserklärungen verabschiedet und Unterstützung in den SPD-Bezirken gefunden.

Wir sehen nicht ein, daß die Philips-Aktionäre mit 105,7 Millionen DM von der öffentlichen Hand (d.h. von uns Steuerzahlern) subventioniert werden, angeblich um neue Arbeitsplätze zu schaffen, wenn sie gleichzeitig 280 Arbeitnehmer auf die Straße setzen. Deshalb haben wir Anträge an den SPD-Landesvorstand und an den Senat geschickt mit der Forderung, daß der Senat dieses Geld zurücknimmt, wenn Philips Arbeitsplätze abbaut.

Dieser Antrag wurde von den ca. 130 Delegierten zur Juso-Landesdelegiertenkonferenz einstimmig angenommen nach einer Rede von einer Genossin aus Bahrenfeld und eines

jungen Kollegen von Philips. Die Bahrenfelder Jusos haben zusammen mit den Kollegen ein Flugblatt veröffentlicht, das beim Infostand verteilt wurde, dort Unterschriften gesammelt und schließlich eine Veranstaltung organisiert, wo ein Vertreter des Betriebsrates berichtete.

Als wir das Labor besuchten, um an einer Demonstration der Belegschaft teilzunehmen (mit guter Laune trotz strömenden Regens!), haben 36 Kollegen die VORAN gekauft. Der Artikel über den Kampf gegen die Pläne von Philips (in VORAN Nr. 108) ist gut angekommen und wurde im Betrieb diskutiert. Wir wiederum haben auch viel gelernt, sowohl von den Gesprächen mit den Vertrauensleuten als auch durch ihre Dokumentation.

Jetzt geht es darum, den Senat zu bewegen, Druck auf die Firma im Interesse der Arbeitnehmer auszuüben und die politischen Lehren aus der Erfahrung von menschenverächtlichen und undemokratischen Methoden dieser sogenannten „Sozialpartner“ zu ziehen und anderen zu erklären.

Astrid Sauer, Hamburg
Jungsozialistin

GEW und Vertretern der Studenten.

So wollen wir ein schnelles und vorbereitetes Eingreifen ermöglichen. Außerdem wollen wir Material zusammenstellen wie Videos über den Unimut-Kongreß in Berlin oder über die große Schülerbewegung in Spanien, welche wir im Rahmen von Aktionen in den Schulen einsetzen können.

Oliver Schulz, Kassel
Jungsozialist und SSR-Mitglied

Bundesvorstand der Jusos

Kampagnenorientierung nötig

Mit hochgesteckten Zielen ging der neugewählte Bundesvorstand (BuVo) der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten mit der Vorsitzenden Susi Möbbeck (Hannoveraner Kreis) an die Arbeit. Ziele waren die Überwindung der Stagnation des Bundesverbandes und ein Neubeginn als „moderner sozialistischer Jugendverband“. Mehr Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit und eine innerverbandliche Umgestaltung sollten die Jusos wieder flott machen. Positiv an diesen Plänen war erst einmal der Abschied vom Pessimismus und dem ewigen Herumjamern der letzten Jahre.

Anfang der 70er Jahre war der Jusos-Verband die Kraft, die - durch politisch-inhaltliche Diskussionen und Forderungen - in der SPD Dampf machte. Schon seit einigen Jahren hingegen erscheinen die Jusos nicht mehr als innerparteiliche Opposition, nicht mehr als der linke Richtungsverband. Stattdessen wird versucht, wie übrigens auch in der Mutterpartei, sich „modern“ zu geben. Was heißt das? Welche Inhalte umfaßt der Begriff „modern“? Betrachtet man das Auftreten und die Veröffentlichungen des Bundesvorstandes, so erfährt man: Eine stilistische Anpassung an den „Zeitgeist“ ist die auffälligste Veränderung.

Durch zwei zentrale Veranstaltungen (Bildungskongreß und Unterbezirkvorsitzendenkonferenz) sollte die Erneuerung unterstrichen werden. Was ist aus diesen Plänen geworden? Vieles ist beim Alten geblieben, nur heutzutage beginnt der Kongreß mit dem Sektfrühstück ...

Auf den Konferenzen wurde in bekannter Manier an vielen Genossen vorbeigeredet. Eine klare inhaltliche und praktische Orientierung für die Arbeit vor Ort wurde der „Basis“ dort kaum gegeben. Auch wurde wieder

einmal keine zentrale Kampagne des Bundesvorstandes organisiert. Es gab zwar Anstrengungen, zu einzelnen Themen aktiv zu werden, doch das reicht nicht aus. Die Aufgabe des Bundesvorstandes wäre es, im Vorfeld einer Kampagne gezielt Bezirke und Unterbezirke anzusprechen und Genossinnen und Genossen in die verschiedenen Gliederungen zu entsenden, um die Vorschläge demokratisch zu diskutieren und damit in der Basis verankern zu können. Bei allen Themen wurde dies versäumt.

Eine wirkliche Kampagnenorientierung wäre gerade nötig gewesen, weil es einen Zulauf zu den Jungsozialisten gibt. Mehr Jugendliche orientieren sich an den Jusos, einige treten ein, der Verband verjüngt sich.

Klassenkämpfe

Ein spezielles Problem für den Verband sind die tatsächlich stattfindenden Klassenauseinandersetzungen. Das praktische Eingreifen in diese Kämpfe und auch die theoretische Aufarbeitung derselben ist sehr dürftig. Das trifft vor allem auf den Kampf der Stahlarbeiter in Rheinhausen zu. Bundesweit wurde dieser weder in sei-

ner heißen Phase zu Aktionen oder Diskussionen aufgegriffen (allerdings noch Verantwortlichkeit des alten BuVo) noch die Lehren nach Ende des Kampfes diskutiert. Diese Diskussion anzuregen und die enorme Bedeutung des Geschehenen klarzustellen wäre Aufgabe des amtierenden Vorstandes gewesen.



Bundeskongreß der Jungsozialisten 1988: Mehr Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit sollten die Jusos wieder flott machen.

Das gilt in ähnlicher Form für den Widerstand der Postler gegen Schwarz-Schillings Privatisierungspläne. Hier hätte sich eine gut organisierte bundesweite Kampagne angeboten. Erste Schritte in diese Richtung wurden mit der Herausgabe von Info-Materialien auch gemacht. Nur beschränkte sich dann die weitere Arbeit auf Solidaritätserklärungen. Dabei hätte man dieses Beispiel nutzen können, auf allen Ebenen eng mit der Postgewerkschaft zusammenzuarbeiten, mit dieser gemeinsam lokale und landesweite Aktionen durchzuführen. So wäre es auch möglich gewesen, verstärkt Arbeiterjugendliche in den Jusos zu organisieren.

Auch für die Verankerung als innerparteiliche Opposition hätte es gute Möglichkeiten gegeben: Durch Anträ-

ge hätte man Druck auf die SPD ausüben können, einen eigenen Gegenentwurf für eine Postreform im Sinne einer demokratischen Arbeiterverwaltung und -kontrolle einzubringen. So hätte man die Notwendigkeit eines sozialistischen Programms erklären können und dies verbinden mit dem Aufbau der Jusos als eines linken,

umfassenden Veränderbarkeit des Kapitalismus fest verankert. Daher orientiert sich der BuVo auf Reformen im Rahmen des Kapitalismus, auf dessen schrittweise demokratische, soziale und ökologische Veränderung. Genannt wird diese Strategie das mittelfristige Reformkonzept für die Neunjziger.

Aus diesem Blickwinkel heraus erklärt sich auch die praktische Politik des Bundesverbandes: Statt Verarbeitung von Rheinhausen als Klassenkampf und dessen Bedeutung für eine Radikalisierung in den Gewerkschaften orientiert man lieber auf abstrakte Diskussionen über „Zukunftskonzepte“, also wie man den Kapitalismus besser managen kann als die Kapitalisten.

Parteiinterne Diskussionen

Obwohl sich der BuVo in der Debatte um Lafontaines Lohnrückereivorschläge und dessen Sozialliberalismus ganz gut geschlagen und Klassenpositionen verteidigt hat, muß die Programmdebatte insgesamt als Mißerfolg für den Jusos-Verband angesehen werden. Statt dem schwachen Programmentwurf der Partei ein eigenes sozialistisches Programm entgegenzusetzen und mit diesem als der Alternative der Jusos in die Partei und die Öffentlichkeit zu gehen, wie es die Marxisten von VORAN schon seit dem BuKo 1987 vorschlugen, ließ sich der Bundesvorstand auf Verbesserungsvorschläge ein. Diese waren zu sehr im Rahmen des Entwurfs (also des Systems) befangen, um ein sozialistisches Profil der Jusos herausstreichen zu können.

Wer wie der BuVo von der grundlegenden Reformierbarkeit des Kapitalismus ausgeht, muß dabei enden, zusammen mit anderen Reformen über „machbare“ Zukunftskonzepte zu diskutieren, die mit dem Aufbau einer kämpferischen, sozialistischen Jugendorganisation wenig zu tun haben.

Claus Ludwig, Bremerhaven
BuKo-Delegierter Bezirk Bremen

Antifa-Demo in Nürnberg

„Zimmermanns Gesetze schüren Rassenhetze“

Am Samstag, dem 12. März, gingen in Nürnberg 10.000 Menschen auf die Straße, um gegen die ausländerfeindliche Politik der Bundesregierung zu demonstrieren. Der Demonstrationzug, dem sich im Verlauf des Vormittags immer mehr Menschen angeschlossen hatten, war über einen Kilometer lang!

In einhelliger Empörung über die katastrophale Situation der Asylbewerber und ausländischen Arbeiter in der BRD sowie über den verfassungsfreudlichen Entwurf des Bundesinnenministers Friedrich Zimmermann zu einer Verschärfung des Ausländergesetzes kämpften „Ausländer und Deutsche, Hand in Hand, für Menschenrechte in diesem Land“. In weiteren Parolen wie „Hoch die internationale Solidarität“, „Zimmermanns Gesetze schüren Rassenhetze“ und „Ausländer bleiben - Nazis vertreiben“ äußerte sich die ungeheure Solidarität, die von den teilnehmenden deutschen und ausländischen Mitbürgern gleichermaßen stark empfunden wurde.

Mit an der Spitze des Zuges marschierte Otto Schily, Bundestagsabgeordneter der Grünen. Ebenfalls anwesend war die Nürnberger SPD-Bundestagsabgeordnete Renate Schmidt, die unter anderem das kommunale Wahlrecht für Ausländer forderte, Beschleunigung der Asylverfahren, schnellere Erteilung der Arbeitslaubnis sowie ungekürzte Sozialhilfe.

Zimmermannpapier

Gemeinsam mit Renate Schmidt, die das Zimmermannpapier als Grundrechtsverletzung anprangerte, fand Schily in der anschließenden Kundgebung vor der Lorenzkirche vernichtende Worte für den beschämenden Entwurf, der neben zahlreichen anderen Abartigkeiten vorsicht, dem Ausländeramt die Entscheidungsbefugnis über den Nachzug von Ehegatten und Kindern zu überlassen, die Aufenthaltserlaubnis auf acht Jahre zu begrenzen usw. Die Begründung des Antrags läßt Übelkeit aufkommen: „Die Bewahrung des eigenen nationalen Charakters ist das legitime Ziel eines jeden Volkes und Staates“, liest man da. Das weckt düstere Erinnerungen.

Die riesige Menge an Demonstranten jedoch, die Zusammenhalt und Kampfbereitschaft gegen den Faschismus dokumentierenden Spruchbänder und Parolen haben hoffentlich manchen begründet verzweifelt und angsterfüllten Ausländerinnen und Ausländern ein wenig Zuversicht gegeben und ihnen vor allem ein positiveres Bild von uns deutschen „Vollbürgern“ verschaffen können.

So rief der Vorsitzende des Nürnberger Ausländerbeirats, Bencibara, angesichts der demonstrierenden Menschenmenge vom Podium hinunter: „Seit 1971 lebe ich in Deutschland, aber so etwas habe ich noch nie gesehen. Ich danke euch allen.“

Mit dem Ergebnis der Demo zufrieden konnten nicht zuletzt auch die VORAN-Unterstützer sein, die beim florierenden Zeitungsverkauf viel Gelegenheit zu Diskussionen und zum Kontaktknüpfen fanden.

Unsere Nürnberger Jusos-AG wird sich auch weiterhin mit gezielten Aktionen gegen Ausländerfeindlichkeit einsetzen, bis es auch der Letzte kapiert hat: „Zwei Nationalitäten gibt es in Wirklichkeit in jedem Land: die der Ausbeuter und die der Ausgebeuteten.“ (Rosa Luxemburg, 1916)

Carolin Franta, Nürnberg
Jungsozialistin



10.000 Menschen demonstrieren in Nürnberg gegen die ausländerfeindliche Politik der Bundesregierung.

Aachen

Gründungsversammlung der Reps verhindert

Nach dem Wahl-Erfolg der Republikaner in Berlin (7,5%) mehrt sich jetzt in der ganzen BRD die neofaschistische Propaganda - die braune Brut wittert Morgenluft. Ein Grund dafür, daß nicht nur Alt-Nazis, sondern auch Jugendliche auf die Propaganda von DVU, NPD, FAP oder Republikanern reinfallen, ist: Der Kapitalismus kann ihnen keine Perspektive mehr bieten.

Ein eindrucksvoller Beweis dafür, daß trotzdem mehr Jugendliche eine linke Alternative suchen und bereit sind, gegen die Neo-Nazis zu kämpfen, zeigte sich in Aachen anlässlich eines Versuchs von Republikanern, einen Aachener Kreisverband zu gründen. Unter dem Motto „Die neue Kraft für Deutschland“ hatten sie einen ausgewählten Kreis zur geplanten Gründungsversammlung eingeladen, doch es gelang ihnen nicht, den Termin geheim zu halten: Zwei Tage vor der Versammlung wurde er unter Aachener Antifaschisten bekannt und in-



Bei einer Gegendemonstration von über 350 Jugendlichen und Aktivisten aus der Arbeiterbewegung hatten die Neo-Nazis keine Chance mehr.

nerhalb dieser zwei Tage wurden gut 350 Jugendliche und Aktivisten aus der Arbeiterbewegung zu einer Gegendemonstration mobilisiert.

Ausgerechnet auf den 8. März, den internationalen Frauentag, hatten die Nazis den Termin gelegt. Sie hofften wohl, so einer Gegendemonstration zu entgehen, da der DGB schon zur traditionellen 8. März-Frauendemo aufgerufen hatte. Doch da täuschten sie sich gehörig: Viele Gewerkschafter kamen nach der DGB-Demo zum Versammlungsort der Republikaner, auch wenn der DGB seinen Demozug leider nicht dorthin umleitete.

Schon zwei Stunden vor dem Termin der Versammlung kamen die ersten Demonstranten vor die Gaststätte, die die Republikaner ausgewählt hatten, schnell wurden es hunderte. Die Neo-Nazis hatten keine Chance, die Gründungsversammlung der Republikaner wurde verhindert!

Offensive Kampagne

Auffallend war, daß vor allem Jugendliche an der Demo teilnahmen. Für viele von ihnen war es die erste Aktion dieser Art. Das zeigt, daß gerade unter Jugendlichen der Unmut ge-

gen die Neonazis wächst. Viele sind bereit, aktiv gegen sie zu kämpfen. Diese Stimmung muß von SPD und DGB aufgegriffen werden. Sie müssen eine offensive Kampagne gegen alle Nazi-Parteien starten, um zu verhindern, daß diese bei den Europawahlen über die 5%-Hürde kommen.

Die Aachener Jusos-Schülergruppe, die auf der Demo Flugblätter verteilte und deren Mitglieder viele Schüler mobilisierten, wird den Kampf weiterführen: Ziel ist eine große Demonstration in Aachen.

Alle Jusos- und DGB-Jugendgruppen, alle SPD-Ortsvereine sollten das Thema jetzt aufgreifen und eine Kampagne dazu machen. Wir müssen über die wahren Ziele der neuen Nazis aufklären und überall dort Gegenwehr leisten und organisieren, wo Neofaschisten auftauchen.

Den nationalen Parolen der Faschisten müssen wir eine sozialistische, internationalistische Politik entgegenhalten, die der Jugend eine Alternative aufzeigt! VORAN im Kampf gegen die Neo-Nazis! VORAN im Kampf für eine sozialistische Demokratie!

Sascha Stanic
Juso-Schülergruppe Aachen

Ex-koloniale Welt Im Kapitalismus gilt

In den zweieinhalb Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg erlebte der Weltkapitalismus einen in der Geschichte beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung. Die Arbeiterklasse in den entwickelten Staaten genoss einen stetig steigenden Lebensstandard. Stabile bürgerliche Demokratien konnten sich dort entwickeln, ohne von größeren Klassenkämpfen unterbrochen zu werden.

Diese wirtschaftliche Blüte war aber auf Nordamerika, Europa und Japan beschränkt. Für die koloniale Welt (auch „3. Welt“ genannt) mit 2/3 der Menschheit tun sich erschreckende Bilder auf: Kriege und Bürgerkriege, Analphabetentum und Hungersnöte. Laut UNO-Schätzung leben heute mehr als eine Milliarde Menschen in absoluter Armut.

Die Länder der Kolonialwelt (Afrika, Lateinamerika und der Großteil Asiens) wurden zwar nach dem 2. Weltkrieg größtenteils in die Unabhängigkeit entlassen, bleiben aber weiterhin der Ausbeutung durch die Kapitalisten besonders der Industrienationen unterworfen. Sie hatten keinen Anteil an den Früchten des Nachkriegsaufschwungs, selbst in den wenigen Ländern, in denen es einen gewissen Aufschwung gab, wurde dieser noch vom Bevölkerungszuwachs übertroffen. Da sie meist vom Export von Rohstoffen abhängig sind, wurden sie durch ungünstige Bedingungen auf dem Weltmarkt gezwungen, immer mehr zu produzieren für immer weniger Erlös. Der Lebensstandard sank ständig und liegt heute in vielen Ländern niedriger als vor 20 oder 30 Jahren.

Revolutionen

Eine Kette von sozialen Gärungen, Kriegen, Aufständen und Revolutionen in der kolonialen bzw. exkolonialen Welt waren die Folge; auch in der Zeit, wo in den entwickelten kapitalistischen Staaten alles friedlich und stabil aussah!

Unmittelbar nach Ende des 2. Weltkrieges hatte sich das weltweite Kräfte-

der Führung von jungen putschenden Offizieren.

Für Sozialisten werfen sich deshalb die Fragen auf: Welche Klassenkräfte haben diese Revolutionen getragen? Wie sind die daraus entstandenen Staaten einzuschätzen? Vor welcher Entwicklung steht die übrige koloniale Welt? Wie können die Probleme der Armut, des Analphabetentums und der wirtschaftlichen Rückständigkeit in diesen Ländern beseitigt werden? Sind „Entwicklungshilfe“ und „Neue Weltwirtschaftsordnung“, wie sie von vielen Genossen und Kollegen in SPD, Jusos und Gewerkschaften vertreten werden, wirkungsvolle Lösungen?

Permanente Revolution

Der Prozeß der kolonialen Revolution kann am besten und einfach erklärt und verstanden werden, wenn man die Theorie der Permanenten Revolution zu Hilfe nimmt. Diese wurde zuerst von Leo Trotzki entwickelt aus den Lehren der ersten russischen Revolution von 1905, die vom Zar im Blut erstickt wurde. Rußland befand sich damals auf einer Entwicklungsstufe wie die gesamte koloniale Welt heute (rückständig, zum größten Teil feudalistisch, mit Elementen kapitalistischer Großindustrie aus-

wicklung war die nationale Bourgeoisie in der Kolonialwelt vom Imperialismus abhängig. Darüberhinaus ist sie mit den Feudalherren, den Großgrundbesitzern eng verflochten. Oft ist dieselbe Person gleichzeitig Industrieller und Großgrundbesitzer. Daher hat die herrschende Klasse auch kein Interesse, den Feu-

führte letztendlich zu der Entartung und zum Aufkommen des Stalinismus. Die Arbeiterklasse verlor die politische Macht an die stalinistische Bürokratie. An Stelle der Politik Lenins und Trotzki im Sinne der Permanenten Revolution wurde in der von Stalin beherrschten Kommintern (Kommunistische

Tschech (General der Kuomintang) dankte sich für diese Dummheit. Die KP-Führung mit der Ermordung fast 80% der insgesamt 50.000 KJ glieder.

In den Jahren 1965/66 unter der Führung der KP Indonesien (KP mit den meisten Mitgliedern der 3. Welt damals) den angeblich schrittlichen General Suharto. Suharto amtierte heute noch als Diktator. Suharto ließ, einmal an der Macht, fast ein Million Mitglieder und Sympathisanten der KP ermorden. Die Geschichte voll solcher tragischer Beispiele an der Volksfrontpolitik. Die KP te zwar in vielen Ländern (z.B. Sudan) Millionen Arbeiter morden, aber die Führung treibt sie wieder in ein Bündnis mit den bürgerlichen Kräften, oft sogar in dem, wo die Bourgeoisie aus Angst der Arbeiterklasse längst auf Mord diktatur oder Faschismus wie in Italien 1936 gesetzt hatte.

Revolutionäre Führung

Um den Weg aus dem Elend in die Freiheit zu ermöglichen, mußte die Arbeiterklasse unter Führung einer massen Organisation bewußt die soziale Revolution durchführen. Die stalinistische Entartung der Führung der Kommunistischen Parteien befreite die Arbeiterklasse vieler Länder von revolutionärer Führung. Damit wurde die Arbeiterklasse an die Bourgeoisie gekettet und zeitweilig nicht mehr in der Lage, den Kapitalismus zu stürzen. Die Imperialisten zu verjagen und so den Ausweg aus dem schreienden Elend zu finden.

Vielfach sucht sich die Geschichte in solchen Situationen andere Kräfte. In China war es Maos Bauernarmee, die, ohne es zu wollen, die soziale Umwälzung durchführte. In der Führung der Kommunistischen Partei Chinas erklärten 1949 nach dem Sieg im Sinne der Etappentheorie die Arbeiterklasse in China eine „50jährige Blüte des Kapitalismus bevorsteht“, dann kam man zur sozialistischen Etappe vor.

Die KP-Führung war bereit, die falsche Theorie folgend, mit der Bourgeoisie, die gerade im blutigen Kampf besiegt worden war, zusammenzu-



Reiche in Südafrika: hoher Lebensstandard durch die Ausbeutung der weißen und - vor allem - der schwarzen Arbeiter.

den Kapitalismus abzuschaffen, eine Landreform durchzuführen, um die landwirtschaftliche Produktion zu erhöhen und die Lage der Bauern zu verbessern. Noch viel weniger ist sie imstande, eine umfassende Industrialisierung und Ausbildung der breiten Massen voranzutreiben; Aufgaben, die der Kapitalistenklasse in den entwickelten Staaten zufielen. Wer soll nun diese Aufgaben in den rückständigen Ländern übernehmen?

Rolle der Arbeiterklasse

Die Bauernschaft, auch dort, wo sie die Mehrheit der Bevölkerung darstellt, ist zu sehr über das Land verstreut, abgeschnitten von den Städten (eigentlichen Zentren der Macht und der weiteren Entwicklung), um den Weg zu einer eigenständigen Politik beschreiten zu können. Als Klasse hat sie in der Geschichte nie die Kraft besessen, sich selbständig zu befreien und ihre eigene Macht zu errichten. Sie spielte zwar in den früheren Revolutionen immer eine wichtige, oft sogar entscheidende Rolle, aber nur als Rammbock und Fußvolk für eine andere Klasse.

Trotzki zog daraus den Schluß, daß es der Arbeiterklasse zufällt, die Aufgabe der bürgerlich-demokratischen Revolution zu lösen und ihre Errungenschaften der gesamten Nation zugänglich zu machen. Das Proletariat muß dabei die Unterstützung der armen Bauern gewinnen und die Führung im Kampf gegen Kapitalisten und Großgrundbesitzer übernehmen. Trotzki hat auch als Erster erkannt, daß die Arbeiter und armen Bauern, einmal an der Macht, nicht bei der Lösung der bürgerlichen Aufgaben wie Landreform, Erwerb der bürgerlichen Freiheiten u.a. halt machen werden. Sie werden die Macht nicht wieder der Bourgeoisie aushändigen, sondern unweigerlich weitergehen und die sozialistische Revolution vollziehen; d.h. umfassende Verstaatlichung der Industrie und Aufstellung einer demokratischen Planwirtschaft. Diese Perspektive wurde auf eindrucksvolle Weise vom Verlauf der russischen Oktoberrevolution 1917 bestätigt.

Etappentheorie

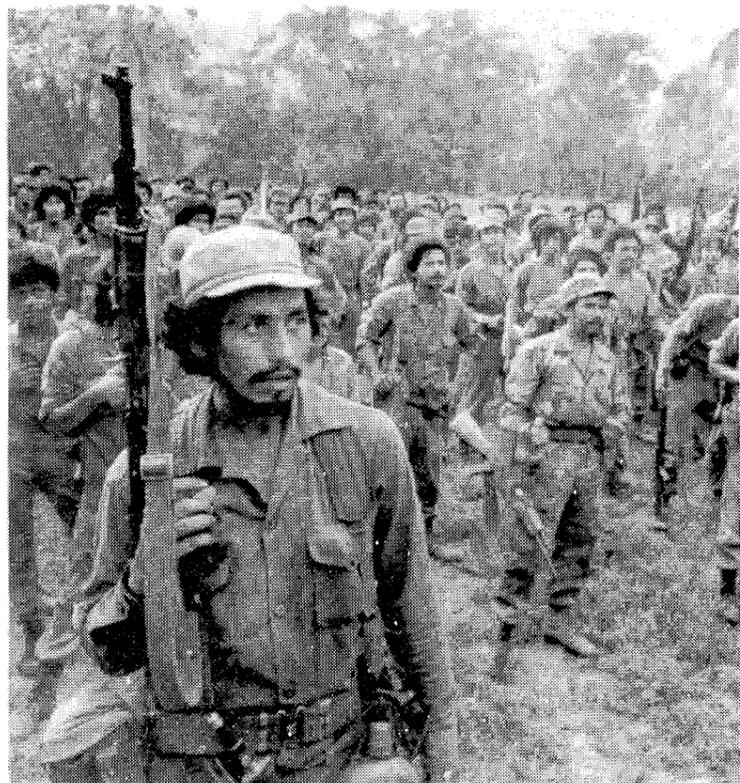
Als Marxisten wußten Trotzki und Lenin, daß Sozialismus nicht in einem Land, schon gar nicht in einem rückständigen Land wie Rußland es damals war, realisiert werden kann. Das Ausbleiben der Revolutionen in den entwickelten Staaten wie Deutschland und Frankreich ließ den jungen Arbeiterstaat in Rußland isoliert bleiben und

Internationale) die Etappentheorie mit verheerenden Folgen durchgedrückt.

Stalin ging davon aus, daß die anstehende Aufgabe in der Kolonialwelt die Durchführung einer bürgerlich demokratischen Revolution sei. Die sozialistische Revolution würde irgendwann später auf der Tagesordnung stehen. Folgerichtig wies er alle kommunistischen Parteien in der kolonialen Welt an, daß die Arbeiterklasse ein Bündnis mit der nationalen Bourgeoisie eingehen müsse und daß sie die Führung der Revolution an die Bourgeoisie abtritt.

Ab 1934 wurde diese Politik der Klassenkollaboration in Form der Volksfront zur ständigen Grundlage der Strategie der Kommunisten in allen Ländern erhoben.

In der chinesischen Revolution von



Sandinistische Soldaten in Nicaragua: Die unvollendete Revolution führte das Land in die Isolation. Es erwies sich aber als unmöglich, auf kapitalistischer Basis auch die dringlichsten Probleme zu lösen. Die Führung wurde gezwungen, die Wirtschaft zu verstaatlichen, das Land zu reaktivieren und eine Planwirtschaft zu errichten. Diese ökonomische Notwendigkeit erwies sich als stärker als



Jede Woche sterben 280.000 Kinder in den ex-kolonialen Ländern.

verhältnis zuungunsten des Imperialismus verschoben. Mit Hilfe der sowjetischen Roten Armee wurde in Osteuropa der Großgrundbesitz und der Kapitalismus abgeschafft. Auch in der Kolonialwelt mußte sich der Imperialismus unter dem Widerstand von Aufständen und Befreiungsbewegungen immer mehr zurückziehen, nicht zuletzt weil die Kolonialkriege zu teuer wurden und vor allem weil sie zu wachsender Opposition in den kapitalistischen Metropolen führten.

Der Vietnamkrieg z.B. brachte die USA in eine schwierige wirtschaftliche Lage, verursachte einen Verfall des Dollars, eine weltweite Inflation und trieb Studenten und Arbeiter weltweit zu Massendemonstrationen.

In vielen Fällen beließen es die Befreiungsorganisationen nicht nur bei der politischen Unabhängigkeitserklärung. In einer Reihe von Ländern, z.B. China, Kuba, Vietnam oder Angola wurden die Großgrundbesitzer enteignet, die Industrie wurde verstaatlicht und die Planwirtschaft eingeführt. Dasselbe geschah in Ländern wie Burma, Syrien, Südjeten, Äthiopien u.a. unter

gestattet, eine halbe Kolonie Westeuropas). Diese Theorie läßt sich deshalb heute auf den Prozeß der kolonialen Revolution anwenden.

Leo Trotzki erkannte, daß vor allem alle rückständigen Länder eins gemeinsam haben: Die Bourgeoisie dort kann nicht mehr dieselbe Rolle in der Geschichte spielen wie die Bourgeoisie in den Industriestaaten, die sich seit dem 18. Jahrhundert entwickelte. In England, Frankreich, Deutschland oder den USA konnte die Bourgeoisie sich frei auf den jeweiligen Binnenmarkt und relativ ungehindert auf den Weltmarkt ausbreiten. Die einheimische Bourgeoisie in der kolonialen Welt kann sich weder zu Hause noch auf der internationalen Ebene gegen die übermächtigen Konkurrenten durchsetzen. Sie ist geschichtlich gesehen zu spät auf der Weltbühne erschienen, als bereits der Weltmarkt aufgeteilt war. Es fand also eine kombinierte und ungleichmäßige Entwicklung statt.

Heute kontrollieren z.B. die 500 größten Konzerne (natürlich aus USA, Japan und Westeuropa) 3/4 des Weltmarktes. Schon zu Beginn ihrer Ent-

es keinen Ausweg

heorie.
he Prozesse fanden auf Kuba
n Sieg der Bauernarmee Ca-
t. In beiden Fällen wäre es ein
ewesen, die Bourgeoisie direkt
n. Dieser war durch den Sieg
rarmee die Staatsmacht oh-
rissen.

mierte Arbeiterstaaten
gen Ländern hat es nicht ein-
r bewaffneten Massenbewe-
nbürgerlicher Kräfte wie Bau-
n bedurft, um ähnliche Pro-
fang zu setzen. Junge Unterof-

Rolle der Arbeiterklasse. Die neu ent-
standenen Staaten (China, Kuba, Äthio-
pien ...) sind keine sozialistischen Staa-
ten. Marxisten nennen sie „deformierte
Arbeiterstaaten“, weil es dort nie Arbei-
terdemokratie gegeben hat. Es war von
Anfang an eine bürokratische Planwirt-
schaft nach dem Vorbild der UdSSR
seit Stalin.

Der Sturz des Kapitalismus und die
Landreform setzten anfangs Kräfte frei
für eine schnellere Entwicklung - trotz
einer bürokratischen Herrschaft. Die
Bürokratie ist und bleibt jedoch ein
Bremsklotz, der umso mehr wiegt, je



nd Offiziere niedriger Ränge,
rt durch ausufernde Korrup-
gleichzeitigem Massenelend
t um ihre eigene Zukunft ban-
angten durch Militärputsche
acht. Sie haben oft nur im Sin-
orruption einzudämmen und
paar Reformen das Elend zu
ie stammen ja meist selbst aus
Elend betroffenen Schichten.
n von Begeisterung in der Be-
g ist die Folge.

Volkskrieger geraten schnell in
mit der herrschenden Klasse,
fähig noch willig ist, Refor-
hzuführen. Aus Angst vor der
r Bourgeoisie und unter dem
r Massen, Reformen durchzu-
wurden die jungen Offiziere
rien und Äthiopien gezwun-

entwickelter die Wirtschaft ist, wie es
jetzt in ganz Osteuropa offen sichtbar
ist. Die Voraussetzung für eine weitere
Entwicklung der Gesellschaft in den
„deformierten Arbeiterstaaten“ ist der
Sturz der Bürokratie durch eine politi-
sche Revolution, um den Weg frei zu
machen für eine Arbeiterdemokratie.

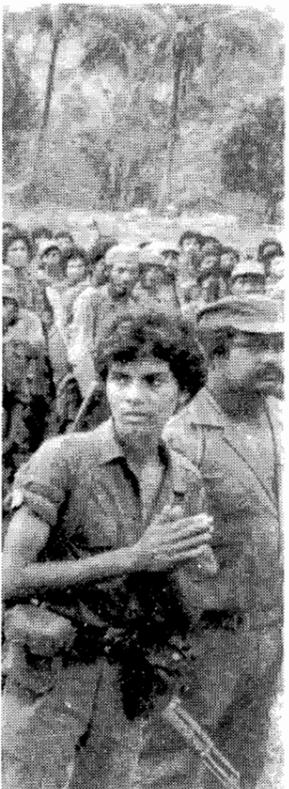
Situation heute

In vielen Staaten der exkolonialen
Welt, vor allem in Afrika, gibt es kaum
Industrie: Das Bruttosozialprodukt
Großbritanniens ist z.B. höher als das
des gesamten afrikanischen Kontinents
mit seinen 500 Mio. Einwohnern. Hun-
derttausende werden Jahr für Jahr dort
vom Hungertod bedroht.

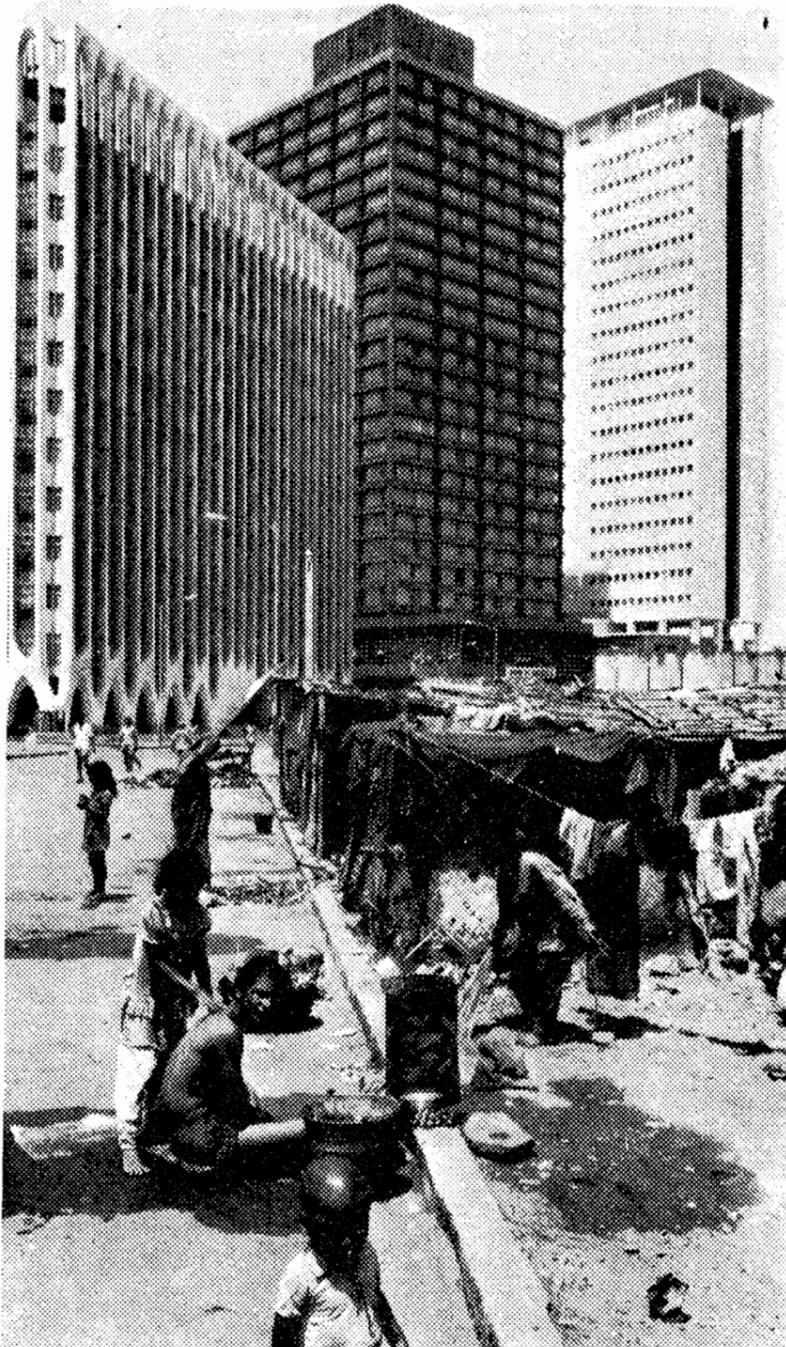
In Ländern wie Brasilien oder Argen-
tinien leben weit mehr als 75% der Be-
völkerung in den Städten und die Ar-
beiterklasse stellt die Mehrheit in der
Gesellschaft. Aber auch nach dem Fall
der Militärdiktatur dort konnten die
bürgerlichen Regierungen keine stabilen
Verhältnisse schaffen, sie konnten
weder den Lebensstandard der Arbei-
terklasse steigern, noch eine Landre-
form durchführen.

Generalstreiks in den Städten, Bau-
ernaufstände und Landbesetzungen be-
stimmen das Bild der meisten Länder
der 3. Welt. In Indien besetzten eine
Million Bauern kurzerhand eine Stadt,
um den Ministerpräsidenten Gandhi
daran zu hindern, vor einer Versamm-
lung seiner Partei zu sprechen, und zur
gleichen Zeit fand ein Generalstreik
von über einer Million Arbeitern in der
Hauptstadt Dehli statt. Die indische
Bourgeoisie kann zwar Satelliten in den
Weltraum schicken, sie ist aber unfähig,
für 85% der 570.000 Dörfer (3/4 der
Bevölkerung leben auf dem Land) sa-
uberes Trinkwasser zu organisieren.
Kein Wunder, daß die Kindersterblich-
keit bei 10% liegt!

Ein erdrückendes Problem für die 3.
Welt sind die immensen Auslandsschul-
den in Höhe von über 1200 Mrd. Dollar
(1988) - mit steigender Tendenz. Um
diese Schulden eintreiben zu können,
wird den Ländern durch den Interna-
tionalen Währungsfonds (IWF) eine
harte Sparpolitik diktiert: Importbe-
schränkung, Exporterhöhung und Prei-
serhöhung bei gleichzeitiger Lohnsen-
kung, vor allem durch eine galoppie-
rende Inflation, die nicht selten über
1000% liegt. Die Folge sind regelrechte
Hungeraufstände wie in Sudan, Sam-
bia, Algerien oder zuletzt in Venezuela
mit über 600 Toten unter dem Kugelha-
gen von Armee und Polizei.
Trotzdem wird kaum ein Land seine



erzuziehen als sie vorhatten:
die Landreform durchzufüh-
bourgeoisie zu enteignen und
Kapitalismus abzuschaffen.
Prozeß der kolonialen Revo-
lütätig auf verzerrte Weise die
ler permanenten Revolution;
egen der fehlenden führenden



Modernste Gebäude auf der einen Seite, unglaubliches Elend auf der anderen Seite: hier eine Stadt in Indien als Beispiel für kombinierte und ungleichmäßige Entwicklung.

Schulden abtragen können. Womit
auch? Durch sinkende Rohstoffpreise
(1986 erreichten sie den tiefsten Stand
seit 40 Jahren!) helfen auch die Steige-
rung der Exporte nicht. Schuldscheine
von Ländern wie Peru oder Ghana wer-
den bereits für 5% des Nominalwerts
auf dem Kapitalmarkt angeboten.

„Gerechte“ Weltwirtschaftsordnung

Es gibt auf kapitalistischer Basis kei-
nen Ausweg für die Massen der 3. Welt
aus der Misere. Da hilft auch kein Ge-
rede von „gerechter“ oder „neuer“
Weltwirtschaftsordnung. Heute muß
Mexiko bezogen auf das Bruttosozial-
produkt mehr an Schulden zurückzah-
len, als Deutschland für die Reparati-
onen des I. Weltkrieges. Die sogenannte
Hilfe für Afrika macht insgesamt ca.
3% dessen aus, was aus Afrika heraus-
gepresst wird. Das ist aus der Sicht der
Kapitalisten und Bankiers ihre „gerechte
Weltwirtschaftsordnung“.

Der Imperialismus verweist gern auf
die massive Industrialisierung und wirt-
schaftlichen Erfolge in Südkorea und
Taiwan als Beleg dafür, daß der Kapi-
talismus doch die 3. Welt entwickeln
kann. Paradoxe Weise verdanken Süd-
korea und Taiwan den jetzigen wirt-
schaftlichen Erfolg der chinesischen Re-
volution: Aus Angst vor der Ausbrei-
tung der Revolution im ganzen pazifi-
schen Raum wurde vor allem der US-
Imperialismus gezwungen, Milliarden
Dollars in dieses Gebiet hineinzupum-
pen. Von einer eigenständigen Entwick-
lung kann keine Rede sein, und einer
weiteren Entwicklung sind ohnehin
Grenzen gesetzt. Hohe Auslandsver-
schuldung und hohe Abhängigkeit der

Exporte vom US-Markt (Südkorea
39%, Taiwan 44%) bilden eine ständige
Gefahr. Wenn die USA bei der näch-
sten Rezession ihren Markt abschotten,
dann ist der Traum vom Aufstieg zu In-
dustriestaaten ausgeträumt.

In der ganzen kolonialen Welt ist
heute die Arbeiterklasse die entschei-
dende Kraft in der Gesellschaft. Nur die
Tatsache, daß sie sich noch keine ent-
schiedene marxistische Führung aufge-
baut hat, verlängert den kapitalisti-
schen Alptraum. Die Krise der Mensch-
heit ist heute mehr denn je die Krise der
reformistischen und stalinistischen Füh-
rungen der Arbeiterklasse, die weder
Strategie noch Programm zur Überwin-
dung des Kapitalismus besitzt.

Guerillataktik

Das Versagen der Führung der Ar-
beiterklasse führt oft dazu, daß ent-
täuschte kleinbürgerliche Schichten
oder ungeduldige städtische Jugendli-
che eine Lösung in einem Guerillakrieg
suchen. Heute operieren nicht weniger
als sechs verschiedene Guerillagruppen
allein in Lateinamerika. In Peru trägt
die „Sendro luminoso“ die Terroran-
schläge in die Städte hinein, sprengt
Elektrizitätswerke und verhindert so-
gar, daß Arbeiter bei Generalstreiks an
Demonstrationen teilnehmen, weil die-
se Angst haben müssen, auf offener

Der Prozeß der kolonialen Revolution
kann am besten und einfach erklärt
werden, wenn man Trotzki's Buch
„Die Permanente Revolution“
zu Hilfe nimmt.

Es ist über den Buchhandel oder über die Redak-
tion VORAN erhältlich.

Straße erschossen zu werden.

Die Guerillaführung hat für die Ar-
beiterklasse und ihre Kampfmethoden
nur Verachtung übrig. Sie betrachtet
diese bestenfalls nur als Hilfstruppe für
die Bauernarmee. Die Guerillataktik ist
die falsche Taktik und führt nicht auf
dem schnellsten Weg zum Sturz des Ka-
pitalismus, wie einige Jugendliche in
der 3. Welt glauben. Der palästinensi-
sche Massenaufstand (Intifada) ver-
mochte bereits in wenigen Monaten
mehr zu erreichen als die PLO-Gueril-
laverbände in 20 Jahren.

In Ländern wie Südafrika oder Palä-
stina können sich ANC und PLO nicht
mal auf bäuerliche Massen stützen und
haben daher auch keine Aussicht auf
militärische Erfolge. Aber auch dort,
wo die Guerillabewegung siegreich ist,
führt sie bestenfalls nur eine bürokrati-
sche Herrschaft ein, wie in China oder
Kuba, und stellt damit die Arbeiterklas-
se vor die Notwendigkeit einer politi-
schen Revolution.

Wenn das Proletariat es nicht schafft,
in Ländern wie Peru die Macht in den
nächsten fünf bis zehn Jahren zu über-
nehmen, wird die Guerilla wahrschein-
lich siegen. Auf den Philippinen könnte
die Guerillaarmee NPA sogar in drei
bis fünf Jahren siegreich sein. Dies wür-
de vor allem in der ganzen kolonialen
Welt unter der Jugend und in den In-
dustriestaaten der Illusion in die Guerilla-
taktik Auftrieb geben und die Arbeiter-
klasse kurzfristig von ihren eigentlichen
Aufgaben ablenken.

Perspektive

Jede Woche sterben laut Angaben der
Weltbank 280.000 Kinder in der 3. Welt;
keine Naturkatastrophe kann je schlim-
mer sein als die imperialistischen Ver-
brechen an der kolonialen Welt. Die Be-
friedigung der einfachsten Bedürfnisse
wie Essen, Trinken, Schule oder Klei-
dung bleibt für Milliarden Menschen
ein Traum, solange der Kapitalismus
nicht gestürzt wird.

Es ist natürlich nicht möglich, Sozia-
lismus begrenzt in einem Land oder nur
in der 3. Welt aufzubauen. Aber Krise
des Kapitalismus und auch des Stalinis-
mus hat mächtige Verbündete der Ar-
beiter und Bauern der 3. Welt auf den
Plan gerufen - nämlich die starke Kraft
der Arbeiter der UdSSR, Europas und
der USA. Revolutionäre Prozesse fin-
den gleichzeitig in allen Kontinenten
statt. So wie die Weltwirtschaft eng ver-
flochten ist, so ist heute der Prozeß der
Weltrevolution eng verflochten. Klas-
senkämpfe in der 3. Welt haben direkt
Einfluß auf die gesamte Welt. Ein
Sieg der Arbeiterklasse in einem rück-
ständigen Land würde stürmische Be-
geisterung weltweit auslösen und die
Arbeiterklasse der entwickelten Staaten
ermutigen, ihre eigene Bourgeoisie zu
stürzen und den Weg frei machen für
eine weltweite Föderation sozialisti-
scher Staaten.

Gaëtan Kayitare, Aachen
Jungsozialist

OTOM

DIE PERMANENTE REVOLUTION

Fischer



Afghanistan Fällt das Regime?

Der Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan fristgerecht zum 15. Februar 1989 hat in der westlichen Presse mehrere Wochen lang wilde Spekulationen ausgelöst, die von einem unmittelbar bevorstehenden Fall der prosovietischen Regierung in Kabul ausgingen. Diese Propaganda hat sich erst einmal als falsch erwiesen. Dennoch ist das Land von Stabilität weit entfernt.

Nach der totalen Niederlage und Vertreibung der US-Armee aus Vietnam 1975 war das Selbstbewußtsein der herrschenden Klasse der USA damals ziemlich angeknackst gewesen. Doch der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan bot dem damaligen Präsidenten Carter und vor allem seinem Nachfolger Reagan die Gelegenheit, von dem Vietnam-Debakel abzulenken und das politische Bewußtsein vieler Arbeiter in den kapitalistischen Ländern zu trüben. Afghanistan bot damals einen Vorwand für die führenden NATO-Länder, um im Rahmen des sogenannten „NATO-Doppelbeschlusses“ neue Mittelstreckenraketen zu installieren.

Umgekehrt ist es nicht ganz zufällig, daß ausgerechnet jetzt nur noch 10% der Bevölkerung der BRD an eine akute militärische Bedrohung aus dem Osten glauben und die Forderung nach Abrüstung in der Bevölkerung so stark verankert ist wie noch nie.

Rückständig und arm

Die westlichen Berichte über Afghanistan haben in den letzten zehn Jahren immer ganz bewußt eine Tatsache übersehen: Die Vorherrschaft des britischen Imperialismus in dieser Region hat jahrzehntelang dazu beigetragen, daß Afghanistan eines der rückständigsten, unterentwickeltesten und ärmsten Länder der Erde blieb.

Vor 1978 lebten 80% der Bevölkerung Afghanistans in schwer zugänglichen Gebieten, wo sich im Grunde seit 2000 Jahren so gut wie nichts verändert hatte. 85% der Bevölkerung waren landlose Bauern und Tagelöhner, die in Armut dahinvegetierten. Die durchschnittliche Lebenserwartung war mit 35 Jahren so niedrig wie im mittelalterlichen Europa. 90 Prozent der Männer und 98% der Frauen waren Analphabeten. 45% des Bodens entfielen auf die Großgrundbesitzer, die nur 5% der Bevölkerung ausmach-

Unterentwicklung und das islamische Recht blieben erhalten.

Nach dem 2. Weltkrieg und der Teilung von Indien kam es mehrmals zu Truppenaufmärschen und Gefechten



Von Angriffen der Mudschahidin unbehelligt konnte ein sowjetischer Lebensmittelkonvoi Kabul erreichen.

an der afghanisch-pakistanischen Grenze. Der Imperialismus hatte die Staatsgrenze willkürlich in die Landschaft gesetzt, so daß auf beiden Seiten Paschunen ansässig sind. Während der Westen auf Pakistan setzte, schlugen sich Indien und die Sowjetunion auf die Seite Afghanistans. Die Armee wurde immer mehr mit Hilfe Moskaus ausgebildet und modernisiert.

Revolution

Moskau hatte den afghanischen König bis zu seinem Sturz 1973 ebenso unterstützt wie die nachfolgende „republikanische“ Diktatur des Präsiden-

turen, Bodenreform und Verstaatlichung vorhandenen kapitalistischen Eigentums.

Diese fortschrittlichen Maßnahmen wurden jedoch auf äußerst bürokratische Weise von oben her verordnet. Es wurde versäumt, Helfer der Regierung aufs Land zu schicken und die Bevölkerung von diesen Maßnahmen zu überzeugen. Die Revolution von 1978 stützte sich ohnehin nicht auf demokratische Organe der arbeitenden Bevölkerung, sondern eine „Verschwörung“ unter maßgeblichem Einfluß

der sogenannten „Demokratischen Volkspartei Afghanistans“ (DVPA). Nachdem diese erst einmal an die Macht gekommen war, tat Moskau ein übriges, um (wenn schon, denn schon) die Herrschaft einer bürokratischen Elite in diesem südlichen Nachbarstaat zu stabilisieren.

Wegen der extremen kulturellen Rückständigkeit der Landbevölkerung entstand so die paradoxe Situation, daß sich moslemische Widerstandsgruppen herausbildeten, in denen die Landbevölkerung unter der Regie ihrer Unterdrücker der „satanschen“ Politik Kabuls Widerstand leistete.

Einmarsch

Das im April 1978 neu entstandene Regime wurde weiterhin noch dadurch geschwächt, daß die beiden Flügel der DVPA ihre Meinungsunterschiede nicht durch Diskussionen, sondern mit der Gewehrkegel auszuräumen versuchten. So schieden hintereinander zwei Staats- und Parteichefs, Taraki und Amin, unfreiwillig aus dem Leben. Die Lage wurde Ende 1979 so brenzlich, daß der damalige Kreml-Chef Breschnew schließlich die Sowjet-Armee nach Afghanistan einmarschieren ließ, weil er von einem eventuellen Sturz des DVPA-Regimes in Kabul befürchten mußte, daß dies Unruhe in den Süden der Sowjetunion tragen, die Zentrifugalkräfte in seinem Vielvölkerstaat verstärken und am Prestige der Kreml-Bürokratie nagen würde.

Schon damals kritisierte VORAN den Einmarsch vor allem wegen der damit verbundenen Stärkung der Rechten und Bürgerlichen im Westen. Gleichzeitig wiesen wir aber darauf hin, daß im Gegensatz zur Rolle der USA im Vietnam-Krieg die Sowjetarmee eine fortschrittliche Rolle spielte, denn ein Sieg der moslemischen Rebellen würde das Land wieder ins Mittelalter stürzen und alle fortschrittlichen Reformen rückgängig machen.

Nach fast 10 Jahren Bürgerkrieg hinterläßt die sowjetische Armee kein wirklich gefestigtes Regime. Dennoch sollte man den Eindruck, den die bürgerlichen Medien in den letzten Wochen schufen, nicht unbesehen übernehmen. Wenn Kabul fällt, dann nur, weil die Sowjetbürokratie es so entschieden hat. Im Gegensatz zu Breschnew scheint Gorbatschow zwar entschlossen zu sein, sich den westlichen Staatschefs um (fast) jeden Preis als gemäßiger und verlässlicher Verhandlungspartner anzubiedern und dafür die Revolutionen in Nicaragua, Namibia und vielleicht sogar in Af-

ghanistan auf dem Altar der „friedlichen Koexistenz“ zu opfern. Aber daß dies nötig sein wird, ist eher unwahrscheinlich.

Waffe der Diplomatie

In den letzten Wochen hat die Sowjetbürokratie erfolgreich die Waffe der Diplomatie benutzt, um die vielfältigen Spaltungen in den Reihen der Mudschahidin zu ihrem Vorteil auszunutzen. So gelang es ihr, die Zufahrtsstraße nach Kabul, die nach westlichen Berichten von den Mudschahidin kontrolliert war, für einen sowjetischen LKW-Konvoi mit Lebensmitteln zu öffnen. Das war nur möglich, weil die Mehrheit der islamischen Milizen dies zuließ.

Die in westlichen Blättern immer wieder hochgejubelten „Freiheitskämpfer“ sind – sehr zum Mißfallen ihrer westlichen Zahlmeister und Sponsoren – dutzendfach gespalten. Sie widerspiegeln das alte, reaktionäre Afghanistan mit seinen zahlreichen Volksgruppen und Stämmen ebenso wie auch religiöse Differenzen und Einzelinteressen ihrer Geldgeber Iran, Saudi-Arabien und Pakistan. Die Führer vieler dieser Gruppen leben im pakistanischen oder iranischen Exil

Trotz massiver Unterstützung aus Pakistan für die Rebellen konnten die Regierungstruppen die Stadt erst einmal halten, die Angreifer hatten hohe Opfer zu verzeichnen.

Unterstützung

Die Regierung Nadschibullah kontrolliert die wichtigsten Städte des Landes, die meisten Verkehrswege sowie die ländliche Umgebung einiger Städte vor allem im Norden des Landes. Sie kann sich aufgrund der fortschrittlichen Reformen vor allem auf einen Teil der städtischen Jugend und der (zahlenmäßig schwachen) Arbeiterklasse stützen. Armee, Polizei und Beamtenapparat düften überwiegend ebenfalls hinter der Regierung stehen, schon allein deshalb, weil sie bei einem Sieg der Konterrevolution ihr Leben verlieren würden.

Auf dem Land hängt die Unterstützung für die Regierung davon ab, ob – wie vor allem im Norden – die jüngere Generation die Früchte der Bodenreform erkennt und spürt. Allerdings wird die Erfahrung der Bevölkerung mit den plündernden und mordenden „Freiheitskämpfern“ nicht geeignet sein, Stimmung für die Mudschahidin zu machen.



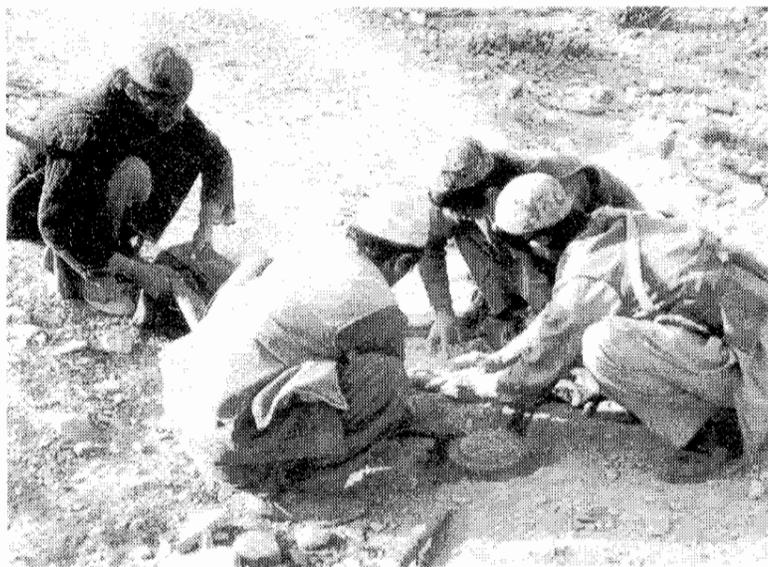
Ein Fall Kabuls würde für Afghanistan Zerfall und unvorstellbare Barbarei bedeuten.

wie westliche Millionäre und sind so korrupt, daß sie schon häufiger von den USA gelieferte Waffen zu ihrer persönlichen Bereicherung an andere Regimes weiterverkauft haben.

Die Schlacht um Dschalalabad, der geplanten Hauptstadt der Rebellen, hat noch einmal deutlich gemacht, daß die Mudschahidin das Land nicht im Handstreich übernehmen können.

Ein Fall Kabuls und Rückzug der Regierung auf ihre Bastion im Norden ist zwar nicht am wahrscheinlichsten, kann aber wegen der verfahrenen Situation nicht völlig ausgeschlossen werden. Dies würde für Afghanistan nicht nur Rückschritt, sondern Zerfall und unvorstellbare Barbarei bedeuten.

Hans-Gerd Öfinger, Jungsozialist



Extreme Rückständigkeit des Landes verbunden mit Vergehen der afghanischen Bürokratie führten zur Herausbildung moslemischer Widerstandsgruppen.

ten. Die Landbevölkerung, vor allem die Frauen, lebten seit Jahrhunderten unter der Knute der Großgrundbesitzer, Mullahs oder örtlichen Gangstern (oftmals ein und dieselbe Person). 10% der Bevölkerung waren Nomaden und Halbnomaden. Afghanistan hatte keine nennenswerte Industrie und war eines der wenigen Länder der Erde ohne Eisenbahn. Bis vor wenigen Jahrzehnten gab es kaum gut ausgebaute Überland-Straßen.

Seit dem letzten Jahrhundert hat der britische Imperialismus insgesamt drei Kriege um Afghanistan geführt. Erst seit den 20er Jahren hatte das Land den Ansatz zu einer zentralen Regierung und einheitlichen Armee. Doch unter den verschiedenen Königen änderte sich für die übergroße Mehrheit des Volkes so gut wie nichts: Die feudalen Verhältnisse, Elend und

ten Daud. Der revolutionäre Umsturz des Jahres 1978 fand ohne Abstimmung mit dem Kreml statt und stellte die Sowjetbürokratie vor vollendete Tatsachen.

Träger der Revolution vom April 1978 waren Teile der Armee-Elite, Intellektuelle und städtische Mittelschichten. Sie wollten das Land modernisieren und auf das Niveau des 20. Jahrhunderts bringen. Und weil die Kapitalistenklasse Afghanistans kaum vorhanden war, blieben diese Maßnahmen nicht auf kapitalistischer Basis stehen. Zu den wesentlichen Zielen dieser Revolution gehörten eine Schuldentilgung für die Kleinbauern, die Abschaffung von Kinderehe, Brautgeld und Scheidungsverbot, Frauenemanzipation, Alphabetisierung, Zerschlagung des Großgrundbesitzes und feudaler Stammesstruk-

Internationale Notizen



Frankreich

Zwar haben die Sozialisten zu ihrem eigenen Erstaunen bei den Kommunalwahlen überwiegend Gewinne zu verzeichnen gehabt. Das bedeutet aber noch lange nicht, daß die Franzosen allgemein mit der Regierungspolitik einverstanden sind. So streiken auf Korsika seit 4 Wochen 21.000 Staatsangestellte. Die Hafentarbeiter unterstützen die Beamten mit einem Solidaritätsstreik.

Die Korse verdienen durchschnittlich weniger als die Franzosen auf dem Festland, und deshalb fordert die Kommunistische Gewerkschaft CGT einen Teuerungszuschlag von monatlich 300 DM.

Brasilien

Am 14./15. März fand in Brasilien ein 48-stündiger Generalstreik statt, die dritte nationale Protestaktion gegen die Sparpolitik der Regierung in 3 Jahren. Er war erfolgreicher als die zwei 24-stündigen Generalstreiks in den letzten 3 Jahren. In Sao Paulo legten 70% der organisierten Arbeiter die Arbeit nieder. Die Gewerkschaften fordern die Wie-

dereinführung der gleitenden Lohnskala. Im Land herrscht im Augenblick eine Inflationsrate von über 30% monatlich.

Süd-Korea

Schon seit drei Monaten streiken die Arbeiter auf der Hyundai-Werft für die Anerkennung ihrer Gewerkschaft. Sie bekamen nun Unterstützung von ca. 500 einflußreichen Professoren von 41 Universitäten, die die Firmengruppe Hyundai scharf angriffen und die Regierung drängten, die Gesetze zugunsten der Arbeiter zu verändern. Außerdem forderten sie die Freilassung aller während des Streiks verhafteten Arbeiter.

USA

Am Freitag, dem 17. März, kam es an der New Yorker Börse zu einem Kurssturz, der die Devisenhändler an die schlimmsten Tage im Oktober 1987 erinnerte. Der Dow-Jones-Index fiel innerhalb eines Tages um 48,57 Punkte. Auslösender Faktor war die Veröffentlichung der Inflationsrate in den USA. Im Februar waren die Herstellerpreise um 1% gestiegen.

Bürgerkrieg in Natal/Südafrika

Wie Inkatha besiegen?

Seit ca. August 1987 tobt in Natal (östl. Südafrika) ein regelrechter Bürgerkrieg zwischen Anhängern der Befreiungsbewegung und Inkatha - einer schwarzen stammesorientierten Organisation unter Führung des Zulu-Häuptlings Buthelezi.

Opfer sind hauptsächlich UDF-AktivistInnen (Vereinigte Demokratische Front, eine Zusammenfassung verschiedener Widerstandsgruppen gegen das Apartheitsregime) oder unbeteiligte Einwohner, die bei den Anschlägen gleich mit umgebracht wurden. Bisher gab es weit über 1000 Tote.

Führer der UDF und COSATU (Kongress der Südafrikanischen Gewerkschaften, nat. Gewerkschaftsverband) versuchen seit Dezember 1987, den Konflikt durch Verhandlungen zu lösen. Im September 1988 wurde ein Vertrag unterzeichnet, der die Gewalt stoppen sollte. Das war für Jugendliche, die die ganze Zeit gegen Inkatha-Angriffe bitter ums Überleben gekämpft hatten, völlig unverständlich. Denn der Vertrag war nicht das Papier wert, auf dem er geschrieben war: Inkatha nutzte die Verwirrung und Demoralisierung der Jugend für weitere Angriffe.

Für Aktivisten in Natal ist dies nicht nur eine Diskussion um Strategie und Taktik, sondern wird zur Überlebensfrage. Die marxistische Arbeitertendenz des ANC beschreibt, was Kämpfer in Natal längst verstanden haben: „Der Feind ist der Apartheitsstaat und die Bosse. Aber Inkatha hat sich selbst zum Handlanger des Feindes gemacht.“

Spaltung der Bewegung

Warum wird Inkatha denn von den Großkonzernen unterstützt und finanziert? Warum begrüßen all die kapitalistischen Regierungen Buthelezi? Warum bevorzugt die Regierung Südafrikas Inkatha, während der ANC verboten ist? Warum wird sie durch Polizei und Armee unterstützt? Weil Inkatha - was auch immer sie über sich als Befreiungsorganisation sagen mag - ein Mittel zur Spaltung der Schwarzen Südafrikas ist über die Berufung auf die Stammestradiation der Zulus.

Sie soll die Congressbewegung (d.h. Massenorganisation der schwarzen Arbeiter, Gewerkschaften, Jugendorganisationen, UDF) angreifen und die Revolution aufhalten. Ihre Führer steigen in die Geschäftswelt auf, in-

dem sie mit den weißen Bossen und dem weißen Staat kollaborieren. Inkatha könnte niemals die Schwarzen spalten, wäre sie als Marionette völlig



Die kämpfende Jugend muß einen Weg finden, ihre eigenen Kräfte mit denen der mächtigen südafrikanischen Arbeiterklasse zu verbinden.

entlarvt. Deshalb müssen ihre Führer ständig behaupten, sie bekämpfen das Regime von Pretoria.

Doch wie kämpfen sie überhaupt? Sie lehnen den bewaffneten Kampf als „unrealistisch“ ab, führen aber einen wütenden, bewaffneten Kampf gegen jegliche Oppositionsbewegung der Unterdrückten. Buthelezi behauptet, schwarze Arbeitermacht und Verbrauchermacht als Waffen gegen die Apartheid zu nutzen, gebraucht aber Einschüchterung, Drohungen und Gewalt, um jeden Streik, Generalstreik oder Verbraucherboykott zu brechen.

Die Führung von COSATU, UDF und ANC muß eine ausdauernde Kampagne der Massenproteste bezüglich Löhnen, Mieten, Fahrpreisen, Jobs, Bildung und politischen Rechten durchführen. So würde die volle Kraft der Zuluarbeiter gemeinsam mit den Brüdern und Schwestern im ganzen Land mobilisiert. So wäre Inkatha schon längst als politische Kraft zerschlagen und hätte keinerlei Anspruch mehr auf allgemeine Gefolgschaft.

Die bewaffnete Selbstverteidigung der Congress-AktivistInnen muß mit einer sozialen Massenbewegung verbunden werden, die darum kämpft,

die Bedingungen der Unterdrückung und Armut zu ändern. Die soziale Macht der Arbeiter ist die Hauptkraft für diese Änderung. Die kämpfende Jugend muß einen Weg finden, um

diese Macht mit ihren eigenen Kräften zu verbinden.

Auf diese Weise können wir gemeinsam den tödlichen Stillstand in Natal brechen, Inkatha besiegen und alle revolutionären Kräfte gegen weiße Herrschaft und Kapitalismus in Südafrika vereinigen.“

Unter den vielen Opfern aus den Reihen der Congressbewegung befinden sich auch vier Unterstützer der marxistischen Arbeitertendenz des ANC, drei davon im letzten halben Jahr.

Die marxistische Arbeitertendenz des ANC

Die Marxist Workers Tendency (MWT) des ANC ist der Gruppenname für ANC-AktivistInnen, die innerhalb der Congressbewegung für eine sozialistische Demokratie in Südafrika kämpfen. Nur durch Gleichberechtigung Aller und demokratische Planwirtschaft kann für Weiße wie Schwarze eine Zukunft unter humanen Lebensbedingungen geschaffen werden. In ihrer Zeitschrift Inqaba Ya Basebenzi formuliert die Tendenz ihre Vorstellungen über Strategie und Taktik, grundlegende Analysen der Perspektiven oder berichtet von aktuellen Kämpfen.

Unterstützer der MWT des ANC stehen mit an vorderster Front. Vor ca. einem Jahr erhielten die Herausgeber einen Brief aus Natal: „Wir sind die Genossen in Pietermaritzburg. Hier sterben viele Genossen wegen Inkatha und dem Staat. Also brauchen wir Unterstützung von Euch, wie Geld, politisches Material und etwas zur Selbstverteidigung.“

Es wird leicht sein, die Gemein-

Issue No. 24/25 October 1987 Price R1
inqaba
YA BASEBENZI

Journal of the Marxist Workers' Tendency of the African National Congress

de, die Arbeiter und die Jugend zu organisieren, wenn wir die Mittel haben. Wir bitten die Arbeiterklasse der ganzen Welt um Unterstützung.

Aluta Continua. Viva ANC, vorwärts mit dem Kampf der Arbeiter! Siphos Dladla.“

Im Oktober 1988 fiel Siphos im Alter von 19 Jahren Inkatha zum Opfer. Nach Ivin Malaza war er der zweite Unterstützer des MWT des ANC, der von Inkatha ermordet wurde. Vor kurzem wurden noch zwei Genossen von Inkatha umgebracht, einer davon war erst 16 Jahre alt.

VORAN unterstützt den Kampf der südafrikanischen Arbeiter. Weiteres Material der MWT des ANC kann über die Redaktion bezogen werden.

Massenproteste gegen die Poll-Tax in Schottland

Bezahlt wird nicht!

Auch die Verhaftung von sechs führenden Organisatoren konnte die Bewegung nicht stoppen. Am 18. März demonstrierten 15.000 Menschen gegen die Polltax, die ab ersten April diesen Jahres in Schottland, später in ganz Großbritannien eingeführt werden soll.

Was nun verbirgt sich hinter der Formel „Polltax“? Übersetzt heißt „poll“ „Umfrage“ und „tax“ ganz einfach „Steuer“. „Umfrage“ deshalb, weil durch eine Computerregistrierung (ähnlich wie bei der bundesdeutschen Volkszählung 1987) erst in Schottland, dann in ganz Großbritannien festgestellt werden soll, wer Polltax zahlen muß. Zahlungspflichtig wären alle Mitglieder eines Haushalts, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. Polltax ist also ein Standard-Kopf-Betrag, der ohne Rücksicht auf Einkommen, Vermögen oder Größe des Wohnraums erhoben werden soll. Er würde damit die bisher übliche Wohn- bzw. Haussteuer ersetzen.

Bis hierhin klingt diese Steuerreform „à la Thatcher“ noch recht harmlos. Eine Steuer wird durch eine andere ersetzt. Aber in der Praxis hätte diese Neuregelung verheerende Folgen für die Mehrheit der Briten.

Mehr Geld für die Reichen

Zur Verdeutlichung ein Beispiel: Der bekannte Millionär Lord Vestey, der bisher eine Steuer von umgerechnet rund 17.500 DM zahlen mußte, würde durch die Polltax sage und schreibe 16.000 DM (!) sparen, da er nur noch 1500 DM an den Fiskus abführen müßte. Hingegen die Arbeiterfamilie Reilly aus Edinburgh, mit einem volljährigen Kind und der Großmutter im Haushalt lebend, würde ganze 2200 DM verlieren, weil sie anstatt für 1800 DM wegen 4000 DM zur Kasse gebeten werden würde. Polltax trafe somit am härtesten Familien mit vielen volljährigen Mitgliedern, aber auch alleinstehende Mütter und Rentner. Selbst Sozialhilfeempfänger müssen 20% davon zahlen.

Thatcher und Co. klopfen mit Vorliebe gern große Sprüche über die „Heiligkeit und Unantastbarkeit der Familie“. Jedoch wenn es ein Mittel gibt, junge Erwachsene und alte Menschen aus ihren Familien und Wohnungen zu vertreiben, dann ist es die Polltax. Die Folge: Sie müssen ständig den Wohnort wechseln, um der Regie-



Britische Jungsozialisten und Anti-Polltax-Komitees organisieren den Widerstand gegen die „Kopf-Steuer“.

trafen sich regelmäßig zu Versammlungen, in denen den Betroffenen Mut gemacht wird, sich zu wehren - und zwar gemeinsam! Der einzige Weg, die Einführung dieser Kopf-Steuer zu verhindern, ist eine organisierte Massenbewegung der Nicht-Zahler.

Die „Nein zur Polltax“-Stimmung hat bereits England und Wales angesteckt. Auch hier organisiert sich der Widerstand, denn in einem Jahr soll die Polltax im ganzen Land eingeführt werden. Viele Gewerkschafts-Untergliederungen haben sich inzwischen der Kampagne angeschlossen. Die Reaktion der Führung der britischen Sozialdemokraten, der Labour Party, war und ist hingegen enttäuschend. Sie hat mittlerweile viele Chancen ver-

paßt, die Registrierung zu verhindern und hält jede Form von Boykott für „illegal“. Jedoch dadurch, daß Thatcher hier ein Verbrechen an den britischen Arbeitern legalisiert, bleibt es dennoch Unrecht. Wegen der starren Haltung der Labour Führung verlor die Partei kürzlich den sichersten Sitz bei den Nachwahlen in Schottland an die „Schottische National Partei“, die zu einem Totalboykott aufgerufen hat.

Trotzdem sind die britischen Jungsozialisten entschlossen - ob nun mit

oder ohne Unterstützung der Labour-Führung - gemeinsam mit den Anti-Polltax-Komitees die ungerechte Steuer zu verhindern. Die von ihnen ins Leben gerufene „Kampagne zur Verteidigung der gewerkschaftlichen Rechte Jugendlicher“, kurz YTURC genannt, hat es sich zum Ziel gesetzt, den Widerstand vor Ort in den Gemeinden, am Arbeitsplatz und über die Gewerkschafts- und Parteigliederungen zu organisieren. Vorläufiger Höhepunkt dieser Kampagne war der Marsch in Glasgow am 18. März.

Noch kann Polltax verhindert werden - wenn es zu einer landesweit organisierten Boykottbewegung kommt.

Christina Weißhaupt, Aachen
Jungsozialistin

Sowetos Schüler bekämpfen Apartheid

Als sich Schüler in ganz Südafrika am Jahresanfang zum neuen Schuljahr anmelden wollten, erlebten sie eine böse Überraschung: Sie wurden gleich massenweise abgewiesen. Es kam zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit Lehrern, Büros der Direktoren wurden angegriffen, Autos brannten. Das DET (Abteilung für Bildung und Ausbildung der Regierung) schlug zurück: In Soweto wurden ganze Schulen geschlossen.

Seit 1988 standen Schüler in Soweto wieder an vorderster Front im Kampf gegen die Apartheid. Es gab Schulstreiks gegen die Verhaftungen von tausenden Schülern wegen ihrer politischen Aktivität, die teilweise während des Unterrichts oder Prüfungen stattfanden. Dadurch versucht der Staat die Bewegung zu stoppen, denn er weiß: Die Schülerbewegung in Soweto kann für das ganze Land einen Signalcharakter haben.

Während der Ferien wurden weitere Angriffe erdacht: Schüler werden nicht mehr zugelassen, wenn sie ein Examen nicht bestanden haben, im Gefängnis waren oder nach Auffassung des DET bzw. des Schuldirektors „unerwünscht“ sind.

Examen im Gefängnis?

Doch die hohe Durchfallquote bei den Jahresabschlussprüfungen (63% in Soweto letztes Jahr) wird vom Apartheidssystem selbst erzeugt: Viel zu wenig Schulbücher, schlechte Lehrerausbildung, zu wenig Schulen, ständige Polizei- oder Armeepräsenz und die ständige Angst vor Verhaftung. Und überhaupt: Wie willst du im Gefängnis Examen schreiben?

Außerdem ist Schule keine Selbst-

verständlichkeit. 1987 konnten mehr als eine Million Schwarze zwischen 7 und 16 Jahren überhaupt nicht die Schule besuchen - teils, weil es keinen Platz in der Schule gab, teilweise, weil sie arbeiten mußten, um zu überleben. Dazu schreiben Schüleraktivisten und Unterstützer der Marxist Workers Tendency des ANC in einem Flugblatt zu einem Streik im Februar: „Jeder revolutionäre Schüler fordert Bildung. Wenn wir Apartheid und Kapitalismus beendet haben, brauchen wir Bildung, um die Fabriken, Bergwerke, Farmen und Schulen selber zu verwalten. Alle ausgeschlossenen Schüler müssen zurückkehren. (...) DET hat den Krieg erklärt. Wir müssen mit größter Einheit und Disziplin zurückschlagen. (...)“

Letztes Jahr haben Botha und die Bosse die Arbeiter mit dem neuen Arbeitsgesetz angegriffen. Jetzt ist die Jugend unter Feuer. Zusammen mit COSATU, den Arbeitern und Eltern haben wir die Macht, DET zu stoppen und alle Schüler wieder zuzulassen. (...) Wir verlangen mehr Lehrer, bessere Ausbildung und Bedingungen. Verteidigt auch unsere Lehrer!“

Weitere Forderungen lauten:
- Weg mit Rassisten im Schuldienst;
- demokratische und gewählte Schüler- und Elternvertretung;
- Freilassung aller Verhafteten;
- Kampf für eine nicht-rassistische, demokratische und sozialistische Bildung;
- für „eine Person - eine Stimme im ungeteilten Südafrika“;
- für nationale Befreiung und Sozialismus.“

Geert Möbius, Köln, Jungsozialist

Verkauft**VORAN**

„Die Voran ist eine gute und wichtige Zeitung. Für die SPD wäre es nötig, die härtere Gangart einzuschlagen, die von der Voran vertreten wird.“ Das meinte ein Angestellter der Bahnpost an einem Stand der Kasseler Juso-AG Welheimen während des dortigen Kommunalwahlkampfes.

Auf der Juso-Bezirkskonferenz in Hannover verkauften zwei Genossinnen neun Zeitungen, eine davon an einen SPD-Genossen aus Celle. Dieser lobte in seinem Grußwort an die Konferenz die Genossinnen dafür, daß sie an jedem Tisch die Voran angeboten haben, denn er fand die Zeitung gut, besonders die Artikel auf der Titelseite.

Ob bei Demonstrationen, beim Verkauf vor Fabrikatoren oder vor Schulen: Überall findet die Zeitung eine gute Resonanz. Viele, vor allem auch junge Leute finden bei uns Antworten auf für sie wichtige Fragen und auch Anregungen für eigene Aktivitäten. Auch im April werden wir viele Möglichkeiten haben, die Zeitung zu verkaufen und unsere Ideen zu verbreiten.

Kampffonds Wohlstand für jeden!

Viele Großunternehmer warnen uns schon jetzt vor neuen Angriffen. Europa ist eine tolle Sache, aber wir müssen uns auf die internationale Konkurrenz einstellen: Flexibilisierung und Rationalisierung. Bei VW heißt das: Nach 8000 Arbeitsplätzen letztes Jahr sollen in den nächsten vier Jahren noch weitere 14.000 abgebaut werden.

VW-Arbeiter haben laut Chef Hahn sowieso zu viele „Extras“ wie „bezahlte Pinkelpausen“. Aber immerhin will man auch besser aufpassen, daß nicht wieder ein paar Herren des Aufsichtsrats 473 Mio. DM durch Devisenschwindel beiseite schaffen.

Bei Thyssen sind solche Privilegien ganz legal: Der „große Vorsitzende“ Spethmann kassiert ein Jahresgehalt von 1,5 Mio. DM. Auf seine Spesenabrechnung kommt dann die Kleinigkeit von geschätzten 8 bis 15 Mio. DM für seine Dienstvilla.

Ehrbare Politiker haben es viel schwerer, da sie auch noch öffentlicher Kritik ausgesetzt sind. Über die Schmerzen, die dadurch dem Kultusminister Mayr-Vorfelder (CDU) zugefügt werden, tröstet er sich so: „Ich sage immer, ein Teil meines Gehaltes gilt als Schmerzensgeld. In Zeiten wie diesen erhöht sich dieser Anteil deutlich.“ Mayr-Vorfelder verdient als Minister rund 17.000 DM im Monat.

In einer sozialistischen Gesellschaft gäbe es derartige Unternehmer-Privilegien und „Schmerzensgelder“ nicht. Stattdessen könnte jeder in Wohlstand leben, ohne ständige Angst um den Arbeitsplatz. Am dringsten haben aber einfache Arbeiter und Jugendliche den Sozialismus nötig. Das sieht man auch an der Bereitschaft, für VORAN zu spenden.

Ronald Bauvais, ein Auszubildender aus Lübeck, spendete 20,- DM und ein Arbeiter aus Stuttgart, Bode Ratzinger, gab 15,- DM. Von Luise Jahnke, ebenfalls aus Stuttgart, erhielten wir 55,- DM. Andi Schmitt, ein Landwirt, spendete 10,- DM. Wir hatten diesmal auch einen prominenten Spender, Johannes Rau. Bei einer Wahlveranstaltung in Kassel kaufte er eine Zeitung und spendete über den Kaufpreis hinaus noch 20 Pfennig.

**Spendenkonto:
VORAN, Postgiroamt Essen
BLZ 360 100 43
Kto.-Nr. 2500 59-430**

Damit kamen wir bis Redaktionsschluß auf 11.780,20 DM. Ziel für das 1. Quartal war 40.000, das Endergebnis wird erst im April festzustellen sein.

Doch gerade jetzt ist der Kampffonds sehr wichtig. Wir haben durch unsere Veranstaltung am 16. April viele zusätzliche Ausgaben. Deshalb wollen wir uns auch für das 2. Quartal ein Ziel von 40.000 DM setzen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir unsere Sammelaktivität noch stark steigern. Doch dafür bietet die Veranstaltung auch gute Möglichkeiten. Jeder Arbeiter und Jugendliche, der eine Karte kauft, wird auch verstehen, wie wichtig seine Spende im Kampf für den Sozialismus ist, und auch die, die nicht kommen können, aber Interesse haben, sind vielleicht gerade deshalb bereit, VORAN durch eine Spende zu unterstützen.

Geert Möbius, Köln, Jungsozialist



„Commerzbank hat mich ruiniert“

Sehr geehrte Damen und Herren, in unserer Verzweiflung wenden wir uns an Sie, mit der Bitte über unseren Fall zu berichten, da es nicht zuletzt ein öffentliches Interesse darstellt und unser Schicksal kein Einzelfall ist.

Meine Frau und ich haben seit 1984 Ärger mit einer Bank und geben Ihnen eine Kurzdarstellung, da eine ausführliche und detaillierte Ausführung den Brief sprengen würde.

Was ist geschehen:

1. Die Commerzbank ist mit mir als Existenzgründer (Einzelhandel) 1983 einen Beratungsvertrag eingegangen und hat zugesagt, die von mir gewünschten zinsgünstigen öffentlichen Darlehen zu beantragen.

2. Die Commerzbank hat diese Mittel nie beantragt, aber dieses mir gegenüber verschwiegen. Die Bank hat wissentlich gegen die Richtlinien verstoßen und mich meine Existenz unter falschen Voraussetzungen (Versprechungen) gründen lassen.

3. Das Ziel der Commerzbank war, sie wollte an mir verdienen, mich von ihr abhängig machen und betrieb reines Zinsdenken, um das Geschäft mit mir alleine zu machen; wirtschaftliche Knebelung.

4. Statt, wie vereinbart, 6,25% Zinsen und bis zu 5 Jahren tilgungsfrei, mußte ich an die Commerzbank hohe Wucherzinsen zahlen.

5. Die Commerzbank führte mein gut funktionierendes Geschäft innerhalb 15 Monaten permanent zum Ruin und vernichtete damit gleichzeitig drei weitere gesunde Existenzen.

6. Die Commerzbank verschleuderte und vernichtete Sach- und Vermögenswerte. Der dadurch angerichtete Folgeschaden an uns wurde erheblich, in Zahlen ausgedrückt 750.000 DM.

7. Die Commerzbank machte mich arbeits- und vermögenslos, nötigt uns auf Lebenszeit in die totale Verarmung (neue Armut) und zwang uns zum Sozialhilfe-Empfänger. Der Steuerzahler mußte bisher für die Gaunereien der Commerzbank bereits über 50.000 DM aufbringen. Die Bank nimmt uns dadurch das Recht auf Hoffnung und auf Streben nach Glück, welches ein unveräußerliches Menschenrecht sein sollte.

8. Die Commerzbank verweigert bis heute die Rechnungsoffenlegung und Abrechnung.

9. Letztendlich mußte der Geschäftsstellenleiter Peter Nellen wegen seines Fehlverhaltens bei der Commerzbank ausscheiden. Der entlassene Banker hatte sofort wieder einen guten Posten bei einer anderen Bank in einem anderen Ort.

10. Die Commerzbank weigert sich bis heute, den Schaden, den der Geschäftsstellenleiter im Namen der Bank an uns angerichtet hat, zu ersetzen.

11. Wir sind dadurch der Bank völlig hilflos ausgeliefert, schon in Anbetracht dessen, daß wir jetzt vermö-

Leserbriefe

Schreibt uns Eure Meinung, Erlebnisse, und und und

genslos sind. Die Commerzbankzentrale in Frankfurt brüstet sich uns gegenüber damit, daß sie unangreifbar sei und die besten Kontakte bis zu den höchsten Stellen besitze, auch zur Justiz, rechtlich unantastbar. Rechtsempfinden kennt die Bank nicht.

In den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Bank steht in Absatz 1: „Gegenseitiges Vertrauensverhältnis“. Die Commerzbank hat mein Vertrauen schamlos mißbraucht und gegen Treu und Glauben verstoßen. Damit hat die Bank gleichzeitig die Spargelder ihrer Kunden veruntreut, indem die Bank uns gegenüber verantwortungslos gehandelt und spekuliert hat.

Inzwischen weiß ich, daß es 1,5 Mio. Bundesbürger gibt, die von Banken allgemein geschädigt wurden. Wir haben jetzt Nachwuchs erhalten und können unserem Kind keine Zukunft bieten. Wir machen uns berechnete Sorgen, weil wir nicht wissen, wie es

ohne Existenz weitergehen soll. Inzwischen habe ich auch Menschen kennengelernt, die in wirtschaftlicher wie in finanzieller Not leben, die Opfer von Banken, Sparkassen und Kreditinstituten geworden sind.

Bei der Commerzbank wurde nur das Profitgeschäft gesehen, nicht aber unsere wirtschaftlichen und finanziellen Interessen, die in keinster Weise geschützt wurden. Unser Schicksal ist hier schwer zu Papier zu bringen, weil man das Leid und den Weg dorthin erleben und sehen muß, um es glauben zu können. Da wir durch das Verhalten der Commerzbank nicht mehr das Recht auf Hoffnung und auf Streben nach Glück haben, ist die Suizidgefahr schon vorprogrammiert. Genau das Gleiche erfahren wir von vielen anderen Betroffenen.

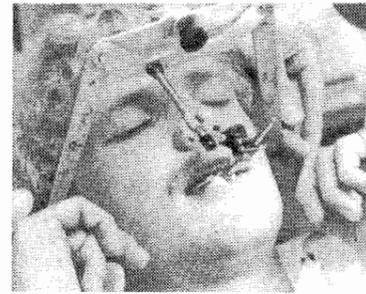
Wir haben auch alle die bittere Erfahrung gemacht, kein Geld - kein Recht.

Mit freundlichen Grüßen
Roland Regolien
Weingarten, Baden-Württemberg

„Ich werde nie mehr schweigen“

Liebe Genossinnen und Genossen, den wenigsten von Euch ist klar, welche Folgen die Gesundheitsreform für die Zahntechniker hat. Als Anfang 1988 publik wurde, daß die Regierung eine Gesundheitsreform plant und die Preise für Zahnersatz steigen würden, gingen sehr viele Patienten zum Zahnarzt, um sich prothetisch versorgen zu lassen. Von Monat zu Monat steigerte sich der Run auf die Zahnärzte. Der Höhepunkt waren die Monate Oktober, November und Dezember 1988. Viele Zahntechniker machten in dieser Zeit bis zu 100 Überstunden im Monat. Es wurde an 7 Tagen in der Woche gearbeitet und bis zu 16 Stunden täglich!

In einigen Labors wurde rund um die Uhr gearbeitet und das monatelang. Frauen und Auszubildende mußten zeitweise bis Mitternacht arbeiten, und Pausen gab es überhaupt nicht mehr. Einige meiner Kollegen bekamen diese Überstunden nicht bezahlt. Ihnen wurde gesagt, daß im Januar Entlassungen anständen und aus Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, bestanden sie nicht auf ihren Rechten. Es wurden weiter Überstunden gemacht, da keiner arbeitslos werden wollte. Ende November kam das Gewerbeaufsichtsamt. Nach einigen Tagen waren alle Labors im Raum Aachen gewarnt, so daß nur ein Labor eine Konventionalstrafe zahlen mußte. In den anderen Labors wurden nun die Stempeluhren abgebaut und das Gewerbeaufsichtsamt ließ sich halberzig alte Stempelkarten vom Sommer zeigen. Es wurden weiterhin Überstunden gemacht, es wurde bis an die psychischen und physischen Grenzen gearbeitet, bis hin zu Schlafstörungen, Herzrhythmusstörungen, Herzattacken und übernervöse Reaktionen. Ein Zahntechniker starb bei



Der Run auf die Zahnarztpraxen hatte für die Zahntechniker schlimme Folgen.

der Ausübung seines Berufes. In dieser Zeit war keiner da, der die Rechte der Zahntechniker vertrat. Sie selbst konnten sich nicht wehren, da alle Angst um ihren Arbeitsplatz hatten.

Nun ist Februar und in vielen Labors ist Kurzarbeit angemeldet oder wird demnächst angemeldet. Die Innung rechnet mit tausenden von Arbeitslosen in den nächsten Monaten. Pessimisten glauben, daß 15.000 von ca. 40.000 Zahntechnikern arbeitslos werden.

Ich, Auszubildende Zahntechnikerin, fühle mich von dieser Regierung verraten und verkauft, menschenunwürdig behandelt. Die Arbeitszeiten und die Rechte der Arbeiter waren wie die vor 100 Jahren, und eine christliche Regierung hat das möglich gemacht.

Sollte noch einmal eine Regierung auf die Idee kommen, eine Reform oder ein Gesetz einzuführen, das die Arbeiter soweit in die Geschichte zurückversetzt, werde ich dies vielleicht nicht verhindern können, aber ich werde nie wieder schweigen.

Name und Anschrift sind der Redaktion bekannt.

ihr da oben . . .

Schwachstelle

Er habe sich nicht bereichern, sondern nur auf Schwachstellen im Forschungsministerium hinweisen wollen. Daß dabei für ihn und seinen Kollegen ungefähr 10 Mio. DM abfielen, nahm der Oberamtsrat dabei in Kauf.

Hier der Tip für alle, die vielleicht auch in diesem Sinne im Dienste der Menschheit arbeiten wollen: Die beiden zweigten das Geld für angebliche Forschungsarbeiten am Schnellen Brüder Kalkar und beim Projekt „Energie der Zukunft“ ab.



Evakuierung

Da sage noch einer, die EG-Kommission sei zu nichts nütze. Zwar kriegte sie keine konkreten Vorschläge zur Verhinderung der drohenden Klimakatastrophe durch Luftverschmutzung und Ozonloch hin. Aber immerhin hat sie ein internes Kommissionspapier geschrieben, in dem empfohlen wird, sich bis Mitte des nächsten Jahrhunderts auf die Evakuierung entwickelter Regionen in tiefliegenden Gebieten, den Bau von Flutdämmen und Seedeichen und die Errichtung von Wasserreservoirs einzurichten.



Viel Geld für nichts

Konkursverwalter müßte man sein. Der beim Oberpfälzer Stahlwerk Maxhütte, von der Beek, tat nichts und forderte dafür 3,5 Mio. DM. Die kriegte er zwar nicht, aber bevor er nach acht Wochen gefeuert wurde, hatte er sich immerhin eine Gage von knapp 900.000 DM „verdient“. (Zur Erleichterung des Vorstellungsvermögens: Das sind über 100.000 DM pro Woche.) So pleite kann ein Betrieb gar nicht sein, daß sich nicht irgendjemand eine goldene Nase daran verdienen kann.

. . . wir hier unten

Arbeitskampf in der Druckindustrie Das freie Wochenende wurde verteidigt

Der Arbeitskampf in der Druckindustrie ist mit einem Erfolg für die Beschäftigten zu Ende gegangen. Das freie Wochenende wurde durch die Festschreibung der Regelarbeitszeit vom Montag bis Freitag verteidigt. Ebenso wurde den Druckunternehmern durch die Erhöhung der Zuschläge für Sonn- und Feiertagsarbeit ein Ausgleich für die Verluste durch die Steuerreform abgerungen.

Ziel des Unternehmerverbandes war es, die Maschinenlaufzeiten auf 144 Stunden in der Woche auszudehnen, was Samstag als Regelarbeitstag bedeutet hätte. Es sind allerdings nur einige wenige Großbetriebe, die an der längeren Betriebsnutzungszeit interessiert sind. Für sie bedeutet dies eine größere Konkurrenzfähigkeit und Steigerung der Gewinne. Eine verstärkte Kapitalkonzentration wäre die Folge, denn viele Kleindruckereien könnten diesem Druck nicht standhalten und müßten ihre Arbeiter entlassen.

Hohe Kampfbereitschaft

Grundlage des Erfolges war die hohe Einsatzbereitschaft der Druckbeschäftigten, nahezu 100% waren für Streikmaßnahmen. Die Kampfmo-

re Absage erteilt.

Ebenso setzten sich die Drucker auch gegen Genossen Lafontaine durch, der mit seinen Theorien über die angeblich notwendige Ausdehnung der Maschinenlaufzeiten oder Lohnverzicht bei Arbeitszeitverkürzung den Gewerkschaften alles andere als den Rücken gestärkt hat. Durch den jetzigen Abschluß können die anderen Gewerkschaften, wie z.B. HBV oder IG Metall, gestärkt in ihre kommenden Tarifrunden gehen.

Bedenkliche Argumentation

„In einer dynamischen Wirtschaft müssen sich Produktionsbedingungen wandeln können, gibt es Märkte nicht in Erbpacht, sind auch schmerzliche Abstriche bei nicht mehr finanzierbaren sozialen Leistungen unumgänglich. Die IG Druck antwortet auf den Wandel mit radikaler Attitüde (Einstellung, die Red.)“ So kommentierte die FAZ (Sprachrohr der deutschen Kapitalisten) den Tarifabschluß der Druckindustrie. Die Gegenargumentation der DruPa auf die Unternehmerinteressen ist allerdings nicht ganz unbedenklich. Sie verweist auf die füh-

Was ist, wenn sich die Konkurrenz-situation für die deutschen Kapitalisten verschlechtert? Und was sollen die Gewerkschaften in den Ländern sagen, wo die wirtschaftliche Situation schlechter ist? Wir dürfen uns auf die sogenannten betriebswirtschaftlichen Rechnungen der Kapitalisten nicht einlassen. Wenn es zu einer wirtschaftlichen Krise kommt, dann ist diese von den Unternehmern verursacht, nicht von den Arbeitern. Warum sollen wir dann die Zeche bezahlen?

Andreas Paqué, Köln
Juso und Mitglied IG DruPa



Obwohl nicht alle Ziele erreicht wurden, hatte der Arbeitskampf in der Druck-Industrie Bedeutung für die gesamte Arbeiterbewegung.

Philips-Forschungslabor Hamburg 2700 Arbeitsplätze in Gefahr!

Seit November 1988 ist es raus. Das Philips-Forschungslabor Hamburg (PFH) soll nach Aachen verlegt werden. Den 280 Mitarbeitern werden von der Konzernleitung großzügig Arbeitsplätze in Aachen angeboten. Daß damit die sozialen Bindungen aufgegeben werden müssen, Kinder von der Schule genommen und (Ehe-)Partner aus dem beruflichen Leben herausgezogen werden, ist der Konzernleitung egal.

Außerdem wird der Arbeitsplatz in Aachen auch nicht sicher sein, denn es wurde bereits der Abbau von 150 Forschungsarbeitsplätzen angekündigt. Das Ganze ist eher ein raffinierter Schachzug vom Philips-Konzern, um Arbeitsplätze in der Forschung ohne Sozialplan und ohne peinliche Öffentlichkeit zu vernichten.

Subventionen

Auf der anderen Seite verdient er ganz gut an Steuergeldern. Vom Land NRW erhält er satte 30 Mio. DM allein für die Verlagerung nach Aachen. Vom Hamburger Senat bekam er Subventionen in Höhe von über 105 Mio. DM, da der Konzern versprach, eine Microchip-Fabrik mit 350 Arbeitsplätzen in Hamburg anzusiedeln.

Aber: Der Bau ist erst einmal auf 1993 verschoben und wäre mit Schließung des PFH in Frage gestellt, denn das Forschungsobjekt „Jessy“ würde weniger wahrscheinlich in Norddeutschland angesiedelt werden. Damit wiederum wäre auch die Philips Compo-

nents in Hamburg veraltet, und weitere 2700 Arbeitsplätze in den 90er Jahren gefährdet.

Gegen den Versuch der Geschäftsleitung, die hochqualifizierten Forscher gegen die Beschäftigten im Service- und Verwaltungsbereich auszu-

spielen, setzen die Kollegen Solidarität.

Noch befinden sich beide Seiten in der Beratungs- und Informationsphase. Am 31. März soll die Geschäftsleitung auf das Gegenkonzept, das eine Arbeitsgruppe der Beleg-

schaft entwickelte, erste Stellungnahmen geben. Sollte die Geschäftsleitung an ihren Plänen festhalten, gibt es noch die Möglichkeit der Labor-Besetzung, was bereits bei mehreren Beschäftigten im Gespräch ist.

Dieser Kampf der Philips-Beschäftigten ist auch unser Kampf, der der Jungsozialisten. Denn welche Chancen haben die Millionen von Arbeitslosen und Jugendlichen, wenn selbst in der sogenannten Zukunftsindustrie Arbeitsplätze abgebaut werden?

Jens Breuß, Hamburg
Jungsozialist



Die Kollegen beim Philips-Forschungslabor kämpfen weiter für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze.

Bremen

Lehrerstreik war erfolgreich

Für die Bremer Schülerinnen und Schüler fiel am 23. Februar größtenteils Unterricht aus. Der Grund: Die Lehrer streikten, um ihrem Protest gegen „Tarifbetrug“ des Bremer Senats Ausdruck zu verleihen.

Die Gewerkschaft ÖTV hatte im Herbst letzten Jahres eine Stunde Arbeitszeitverkürzung für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst er kämpft, zu dem ja bekanntlich auch die Lehrer gehören. Nun weigert sich der Bremer Senat jedoch, diesen Tarifabschluß auch sinnvoll in die Tat umzusetzen. Er meint, die Lehrer mit verlängerten Ferien abspesen zu können. Mit dieser Lösung ist jedoch niemandem gedient: Für die Schüler bedeutet sie weniger Unterricht und dementsprechend stärkeren Zeit- und Zensurdruck. Arbeitsplätze würden jedoch keine neuen geschaffen.

Arbeitszeitverkürzung

Darum allerdings geht es der GEW letztendlich, genau wie allen anderen Gewerkschaften auch. Die vorhandene Arbeit soll auf alle verteilt werden, die Arbeitszeitverkürzung also der Schaffung neuer Stellen dienen. „Wir streiken heute, weil wir unsere arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen nicht im Stich lassen wollen“, drückte der Bremer GEW-Vorsitzende Rainer Baltschun bei der Kundgebung die Meinung der 3000 Bremer Streikteilnehmer aus.

Der Lehrerstreik war ein voller Erfolg. 82% hatten schon bei der Urabstimmung für einen Streik votiert, am Aktionstag beteiligten sich sogar einige Unorganisierte, so daß letztendlich in über 130 der 150 Schulen der Unterricht teilweise oder gar ganz ausfiel. Es hagelte Solidaritätserklärungen von

Schüler- und Elternvertretungen sowie anderen Gewerkschaften. An der Demonstration beteiligten sich insgesamt 5300 Menschen.

Schon während der Auseinandersetzungen über die Teilprivatisierung der Post gab es weitreichende Diskussionen über die Richtigkeit und Notwendigkeit eines Streikrechtes für Beamte. In Bremen hat sich die Notwendigkeit eines solchen Rechtes bestätigt. Denn wie sonst hätten sich die Lehrer gegen den Tarifbetrug des Senats wirkungsvoll wehren können?

Beamte dürfen nicht länger der Willkür des Staatsapparates ausgeliefert sein. Sie müssen, genau wie alle anderen Arbeitnehmer auch, die Möglichkeit haben, sich gegen unfaire und unsinnige Maßnahmen ihres Arbeitgebers, der in diesem Fall nunmal der Staat ist, zu wehren. Und auch Beamte „dürfen“ fordern und für ihre Rechte kämpfen.

Aufgabe der SPD

Wenn sich nun der Bremer Senat über die Illegalität dieser Aktion ausläßt, ist dies umso trauriger angesichts der Tatsache, daß das Land Bremen ein SPD-regiertes Bundesland ist. Denn die Aufgabe der SPD wäre eigentlich gewesen, die Forderung der GEW nach einer Stunde Arbeitszeitverkürzung und Schaffung von 200 neuen Stellen sofort aufzugreifen und in die Tat umzusetzen, anstatt sich hinter ihren „Geldsorgen“ zu verschließen. Im Interesse der Schüler und Lehrer muß sie schnellstens diesen peinlichen Tarifbetrug rückgängig machen und die GEW-Forderungen umsetzen.

Birte Stoewahse, Bremerhaven
Jungsozialistin

„Ansatz zur Arbeiterdemokratie“

Jens Goldbeck, Jungsozialist aus Hamburg, sprach mit Georg Weidinger, Betriebsratsvorsitzender der PFH:

Jens: Wie ist die gegenwärtige Stimmung in der Belegschaft, wie groß ist die Bereitschaft, zu kämpfen?

Georg: Wir sind wütend und empört über die Geschäftsleitung. Die große Mehrheit der Kollegen ist bereit, sich zu wehren. Ich bin dabei überrascht, daß selbst Mitarbeiter, für die es vorher unvorstellbar gewesen wäre, jetzt plötzlich auf die Straße gehen und für ihre Rechte konsequent eintreten.

Jens: Inwieweit stellt das Argument des Managements, die Verlagerung des PFH nach Aachen bedeute eine Verbesserung der „Forschungs- und Innovationseffizienz“, lediglich einen Vorwand dar, gibt es in Wirklichkeit nicht ganz andere Hintergründe?

Georg: Die Argumente der Geschäftsleitung erscheinen vielen von uns unsinnig und vorgeschoben, so daß wir annehmen müssen, daß die eigentliche Absicht der Abbau von

Arbeitsplätzen ist. Ich habe jedoch auch den Eindruck, daß ein Teil des Managements tatsächlich von der Richtigkeit ihrer Pläne überzeugt ist. Es muß wohl so sein, daß es eine eigene „Managerlogik“ gibt. Schließlich erhalten diese Leute rund das zehnfache eines durchschnittlichen Facharbeiterlohns. D.h., daß das Management eine abgehobene und privilegierte Stellung inne hat und Gedanken eines einfachen Arbeitnehmers überhaupt nicht mehr nachvollziehen kann.

Nach unserer Meinung muß die Koordination gerade auf der unteren Ebene stattfinden. Hier tut sich wirklich ein gesellschaftlicher Widerspruch bis hin zur Systemgrenze auf. Die Geschäftsleitung sagt selbst, daß der Mitarbeiter motiviert sein muß und sich mit „seinem“ Betrieb identifizieren soll. Genau das kann doch aber erst dann geschehen, wenn der Arbeitnehmer stärker in Entscheidungsbefugnisse einbezogen wird und mehr Verantwortung erhält. Unser von Mitarbeitern erstell-

tes „Gegenkonzept“ stellt schon einen Ansatz zur Arbeiterdemokratie dar.

Jens: In Eurem „Gegenkonzept“, das bereits der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, sprecht Ihr von einer „Verkrustung der Strukturen“ des Konzerns. Was meint Ihr damit?

Georg: Bei Philips herrscht eine Hierarchie, die einen bürokratischen Dienstweg auf allen Ebenen vorschreibt. Die Organisationsstrukturen liegen quer zur Innovationskette. Das heißt, daß z.B. durch hierarchische Strukturen eine schnelle Umsetzung von Forschungsvorhaben in Umsatzerlöse verhindert wird. Wir wollen diese Hierarchie aufbrechen und sowohl Zusammenarbeit als auch Informationswege auf breiter Ebene ermöglichen.

Jens: Welche Aktionen sind in naher Zukunft geplant?

Georg: Wir wollen am 4. April eine große Demo - unterstützt von der IG Metall - durch die Hamburger Innenstadt zum Rathaus veranstalten. Wir erwarten von einem sozialdemokratischen Bürgermeister, daß er sich stärker für unsere Interessen einsetzt.

VORAN

Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot

Nicht die Ausländer sind schuld, sondern die Kapitalisten!

Nach dem zweiten Weltkrieg wurden ca. 19 Millionen Flüchtlinge, Vertriebene und „Gastarbeiter“ in der BRD aufgenommen. Damals befand sich die Wirtschaft in einer grundlegenden Wachstumsphase mit hohen jährlichen Zuwachsraten. Heute werden bereits 300.000 Flüchtlinge und Aussiedler als „Überflutung“ bezeichnet.

Dies zeigt, daß die von den Konservativen propagierte „Grenze der Aufnahmefähigkeit“ offenbar von wirtschaftlichen Faktoren bestimmt wird und keine Frage der „Bewahrung des nationalen Charakters“ ist.

Solange die Wirtschaft floriert, sind Arbeitskräfte aus aller Welt willkommen. Sobald der Kapitalismus in die unvermeidlichen - Krisen und Rezessionen kommt, sollen sie wieder abgeschoben werden. Seit Einbruch der ersten weltweiten Rezession von 1974/75 hat sich daher die Politik gegenüber Ausländern verschärft, durch Anwerbestopp, Zugangssperre, Aushöhlung des Asylrechts usw.

Parallel dazu stiegen die sozialen Probleme trotzdem an: Arbeitslosigkeit, stagnierender oder sinkender Lebensstandard für weite Teile der Bevölkerung, Verschuldung der öffentlichen Hand, Abbau von Sozialleistungen, Wohnungsnot usw.

Doch wer ist verantwortlich für diese Situation? Ist es der Asylbewerber aus Sri Lanka, der entscheidet, daß Zechen und Stahlwerke an der Ruhr geschlossen werden? Ist es der Aussiedler aus Rumänien, der beschlossen hat, den sozialen Wohnungsbau einzustellen?

Profite steigen

Nein, für Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau sind die Kapitalisten in Banken und Großkonzernen und ihre politischen Handlanger in der Regierung verantwortlich. Sie wollen die Krise ihres Systems auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung austragen - der deutschen wie der ausländischen.

Dabei haben sie ihre Profite in den letzten Jahren dramatisch erhöht. Auch 1988 sind die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (laut Statistischem Bundesamt) wieder um 10,5% auf 459 Milliarden DM gestiegen. Das ist fast doppelt so hoch wie 1980, als sie 242 Mrd. DM betrugen. Allein ein Konzern wie Siemens verfügte Ende 1988 über flüssige Reserven von 24 Mrd. DM. Die Großbanken verzeichneten in den 80er Jahren Rekordgewinne. Für die drei Chemie-Giganten BASF, Bayer und Hoechst war das Jahr '88 „das beste Jahr der Unternehmensgeschichte“, mit Gewinnsteigerungen um plus 25%. Neugeschaffene Arbeitsplätze in der Chemiebranche dagegen: plus 0,6%, ganze 4000.

Die wahren Jobkiller sitzen in den Konzernetagen. Mit dem von deut-

schien und ausländischen Kollegen erwirtschafteten Reichtum ließen sich spielend Millionen neuer Arbeitsplätze oder Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle finanzieren.

Umverteilung

Und wie steht es mit der Behauptung der Bundesregierung, Gesundheitswesen und Renten seien so nicht mehr länger finanzierbar, ganz zu schweigen von einem massiven Ausbau im Sozial-, Bildungs- und Wohnungswesen? Damit werden gleichzei-



Appelle wie „Seid nett zueinander“ treffen nicht den Kern der Sache. Auch Rassisten können z.B. griechische Tänze mögen.

tig Ängste geschürt, die wenigen vorhandenen Wohnungen würden von Aussiedlern weggeschnappt, sie erhielten höhere Renten und würden privilegiert. Doch für den „Jäger 90“ (geschätzte Gesamtkosten 100 Mrd. DM), für ein Milliarden Geschenk an Daimler/MBB, für eine Steuerreform zugunsten der Reichen ist Geld vorhanden.

Die Pharmaindustrie, die Milliarden aus den Krankenkassen herausholt, bleibt unangetastet. Die profitablen Bereiche der Post, aus denen bislang rund 4 Mrd. DM an den Bundeshaushalt abgeführt wurden, sollen durch Postzerschlagung und -privatisierung den Elektrokonzernen überlassen werden. Milliarden fließen auch

weiterhin in die Atomwirtschaft: 10 Mrd. DM wird die WAA in Wackersdorf kosten, der Schnelle Brüter in Kalkar ist schon heute eine 7-Mrd.-Ruine. Geld ist genug vorhanden - es befindet sich nur in den falschen Taschen.

Spaltungs- und Ablenkungsmanöver

Doch genau davon soll mit der Propaganda über die angebliche „Aussiedler- und Asylantenschwemme“ abgelenkt werden. Kapital, Rechtsparteien und bürgerliche Medien wollen weismachen, daß dieser „Zustrom“ nicht mehr verkraftbar sei und einen Sündenbock für die Probleme präsentieren. Damit verfolgen sie vor allem zwei Ziele:

- von den wahren Ursachen abzulenken, die in der Krise ihres Profitsystems liegen, und
- Spaltung in die Arbeitnehmerschaft hineinzutragen und sie gegeneinander aufzuwiegeln nach dem Motto „Teile und Herrsche“.

Und je vielfältiger diese Spaltung, umso besser für die Unternehmer; dar-

um die unterschiedliche Behandlung von EG-Ausländern und solchen aus Drittländern, von Aussiedlern und Asylbewerbern, von Asylbewerbern aus Ostblockländern gegenüber solchen aus der Dritten Welt usw. Dies läuft hier genauso ab, wie auch innerhalb der einheimischen Arbeiterschaft bewußt differenziert und versucht wird, verschiedene Schichten gegeneinander auszuspielen: Arbeiter gegen Angestellte, beide Gruppen gegen Beamte, Männer gegen Frauen, ältere Arbeiter gegen jüngere, „Besserverdienende“ gegen untere Lohngruppen, Stammebelegschaft gegen Leiharbeiter usw.

Damit soll verhindert werden, daß alle Lohnabhängigen, Arbeitslosen

Dafür kämpft VORAN



- Sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, als ein Schritt zur weiteren Arbeitszeitverkürzung und Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle.
- Drastische Kürzungen der Militärausgaben.
- Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie, verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. Ersatzarbeitsplatzgarantie für die Beschäftigten.
- Garantierter Mindestlohn von 1500 DM für alle. Einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung.
- Rücknahme aller Kürzungen und ein staatliches Programm zur Förderung des Wohnungsbaus, der Gesundheitsfürsorge, der Bildung...
- Uneingeschränktes kommunales Wahlrecht als ersten Schritt zum vollen Wahlrecht auf allen Ebenen für alle in der BRD lebenden Menschen.
- Verstaatlichung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle. Demokratische Verwaltung der verstaatlichten Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. je 1/3 Vertreter der Belegschaft, der Gewerkschaft und des Staates), die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.

und Sozialhilfeempfänger - ausländische wie deutsche - ihre gemeinsamen Interessen erkennen und gemeinsam für Arbeitsplätze und einen angemessenen Lebensstandard kämpfen. Ein deutscher Arbeiter hat mehr gemeinsame Interessen mit seinem ausländischen Kollegen als mit „seinem“ Unternehmer.

Es ist deshalb auch vollkommen heuchlerisch, zwischen wirtschaftlichen und politischen Fluchtmotiven zu unterscheiden. Die wirtschaftliche Misere in der Dritten Welt hat politische Gründe, weil diese Länder bewußt unterentwickelt und in Abhängigkeit von den Industrieländern gehalten werden. Diktatorische Regime von Pinochet bis Botha werden vom Westen gefördert und unterstützt.

Aussiedler

Auch die Politik gegenüber Aussiedlern ist durch und durch zynisch. Zum einen wird Nationalismus geschürt, indem auf das „Deutschtum“ der Aussiedler abgehoben wird. Durch kleinere Sonderprogramme für Aussiedler z.B. im Wohnungsbau soll die Wut über Wohnungsnot auf die Aussiedler abgelenkt werden, weg von den wahren Verantwortlichen.

Natürlich kommen die meisten Aussiedler nicht wegen ihres „Deutschtums“, sondern weil sie - ebenso wie Asylbewerber - der rapiden Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse und politischer Unterdrückung entkommen wollen. Hier geraten sie dann zwischen die Mühlen widersprechender Strategien der Konservativen, die sich nicht entscheiden können, ob sie die Aussiedler lieber für nationalistische oder für ausländerfeindliche Propaganda mißbrauchen wollen.

Verantwortung

Verantwortlich für die um sich greifende Ausländerfeindlichkeit sind also Kapital und Rechtsparteien. Doch daß DVU, Republikaner und NPD in letzter Zeit solche Wählerzuwächse verbuchen konnten, liegt auch daran, daß auf Seiten der Linken, insbesondere von SPD- und Gewerkschaftsführung, keine klaren Alternativen aufgezeigt wurden.

Bereits zu Zeiten der sozialliberalen Koalition wurden ausländer- und asylrechtliche Bestimmungen verschärft. Als die Kohlregierung im Bundestagswahlkampf 1986/87 die „Asylantenschwemme“ (damals: Flüchtlinge, die über Ostberlin einreisten) inszenierte, war es Egon Bahr, der mit der DDR-Führung die „Schließung“ der Mauer von der anderen Seite aushandelte. Die SPD-Führung wollte sich dieser Tat sogar noch in einem eigens produzierten Wahlkampf-Flugblatt rühmen, was nur durch heftige Proteste an der Parteiba-

sis verhindert wurde. Oskar Lafontaine und andere Parteilinke ebenso wie sozialdemokratische Oberbürgermeister in den Kommunen wenden sich gegen den ungebremsten „Zustrom von Aussiedlern“.

Dies alles trägt - wenn auch ungewollt - mit dazu bei, in der Bevölkerung den Eindruck zu verstärken, Aussiedler und Asylbewerber verursachen zunehmende soziale Probleme und seien nicht mehr verkraftbar.



Gewerkschaftsaktion gegen Rassismus

Andere Linke wiederum beschränken sich auf moralische Appelle, propagieren das nachbarschaftliche „Seid nett zueinander“ und sehen die Hauptaufgabe darin, die Kulturen einander näherzubringen.

Gemeinsamer Kampf

Natürlich ist es richtig, die menschenunwürdige und unmoralische Behandlung der Ausländer/Aussiedler anzuprangern. Doch das allein trifft noch nicht den Kern der Sache. Rassisten und Rechtsextreme können durchaus in die Pizzeria gehen und griechische Musik mögen. Schönhuber hat eine Villa in der Türkei. Andererseits ist nicht jeder, der mit türkischer Musik nichts anfangen kann, ein Rassist.

Um Rassismus und Nationalismus den Boden zu entziehen, müssen SPD und Gewerkschaften die Ursachen der wirtschaftlichen Probleme, die gemeinsamen materiellen Interessen von deutschen und ausländischen Arbeitern aufzeigen und einen gemeinsamen Kampf organisieren. Oder anders gesagt: Die Durchsetzung eines massiven Wohnungsbauprogramms wird rückständige Wähler der Republikaner mehr überzeugen als moralische Appelle.

Angela Bankert, Köln
Jungsozialistin

Ich möchte

VORAN

unterstützen und bitte um weitere Informationen



Name

Anschrift

Telefon

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 0221 / 134504

Ich möchte

VORAN abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60 DM

VORAN weiterverkaufen und bestelle Exemplare
(in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

ein VORAN-Förderabo zu DM beziehen (ab 20 DM)

Name, Anschrift, Telefon

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Postgiroamt Essen, Bankleitzahl 360 10043, Konto-Nr. 2500 59-430

